

**Mit
Sonderteil
zum
Schlendrian-
Vorwurf**



Fit für Europa?

Countdown: Die Uhr tickt!



**Noch 9 Monate
bis zur Landtagswahl**

Impressum

Herausgeber:

Geschäftsführender Vorstand des Deutschen
Richterbundes, Landesverband Nordrhein-Westfalen,
Martin-Luther-Straße 11, 59065 Hamm, Tel. (02381) 298 14; Fax (02381) 225 68
E-Mail: info@drb-nrw.de, Internet: www.drb-nrw.de

Redaktion:

Wolfgang Fey (RAG a.D.) (verantwortlich); Margret Dichter (VRinLG);
Dr. Einhard Franke (DAG); Jürgen Hagmann (RAG a.D.);
Stephanie Kerkerling (StAin); Simone Lersch (StAin); Lars Mückner (RAG);
Klaus Rupprecht (RAG); Manfred Wucherpfennig (VRLG).
E-Mail: rista@drb-nrw.de

Verlag, Herstellung und Anzeigen:

VVA Kommunikation GmbH,
Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, Internet: www.vva.de, E-Mail: info@vva.de
Anzeigenleitung: Petra Hannen, Telefon (02 11) 73 57-633, Telefax (02 11) 73 57-507,
Anzeigentarif Nr. 19
Sonstiger Vertrieb: Heike Lohe, Telefon (02 11) 73 57-854, Fax (02 11) 73 57-8 91, abo@vva.de

Bezugsbedingungen:

Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Bezugspreis für Nichtmitglieder
jährlich 20,- € plus Versandkosten.

Konto des Landesverbandes NW des Deutschen Richterbundes:
Sparkasse Hamm (BLZ 41050095), Konto-Nr. 70227 – auch für Beitragszahlungen

Zuschriften erbeten an:

Geschäftsstelle des Landesverbandes, Martin-Luther-Str. 11, 59065 Hamm,
oder Wolfgang Fey, Becher Str. 65, 40476 Düsseldorf.

**Die Formulierungen „Richter“ und „Staatsanwalt“ bezeichnen in RiStA
geschlechtsunabhängig den Beruf.**

**Namentlich gekennzeichnete Berichte entsprechen nicht immer der Meinung der
Redaktion.**

Titelbild: Tuschezeichnung von Lars Mückner, Hamm

INHALT

	Editorial	3
recht in europa	Tagen in Europa	4
	Selbstverwaltung der Justiz	4
	IVR und EVR	5
	Blick zu den Nachbarn	6
	U-Haft vermeidende Auflagen	7
	Arbeiten im Kosovo	8
drb intern	Aus der Arbeit des Landesvorstandes	10
	Das neue LRiG – in weiter Ferne?	10
	Presseerklärung zur Besoldung	11
	StA-Kommission stellt sich vor	19
beruf aktuell	Richterräte-Treffen in Recklinghausen	12
	EDV als Zeichen mangelnden Respekts	13
sonderteil: schlendrian-vorwurf	Presseerklärung zur Entlassung aus U-Haft	14
	Presseerklärung: Unverständnis über LOSTA-Entlassung	14
	Erklärung der Justizministerin	14
	Einspruch, Frau Ministerin	15
	Presseerklärung zur „unverantwortlichen Verbandspolitik“	16
	Glosse: Justiz innovativ	16
drb vor ort	Bezirksgruppe Bochum	20
	Bezirksgruppe Duisburg	21
recht aktuell	Hinweis auf DJT 2010	21
	Prognoseentscheidungen zur Sicherungsverwahrung	22
Impressum		2

Aktuelle Entwicklungen in der EU-Rechtspolitik

Liebe Leserinnen und Leser,

Die Europawahl bietet die Gelegenheit, sich einige der laufenden Gesetzgebungsverfahren zu vergegenwärtigen, die uns mangels Diskontinuität auch in der neuen Legislaturperiode beschäftigen werden. Ihre Ergebnisse können für die nationalen Rechtssysteme von erheblicher Relevanz sein. Drei Bereiche möchte ich herausgreifen: das Vertragsrecht, das Gesellschaftsrecht und das Prozessrecht.

„Gemeinsamer Referenzrahmen“ (GRR) lautet der Arbeitstitel eines Projekts, das mittelfristig die Rechtsordnung der EU erheblich vereinfachen wird, langfristig aber auch die nationalen Rechte verändern kann. Nach langjähriger Arbeit will die Kommission nächstes Jahr das Gerüst einer Art **EU-Zivilgesetzbuch** für den grenzüberschreitenden Rechtsverkehr herausbringen. Gemeinschaftliche Regeln, z. B. im Vertragsrecht (Vertragsabschluss, Widerruf und Anfechtung) sollen dem EU-Bürger an die Hand gegeben werden. Das ist kein schneller Prozess. In vielen Spezial-Richtlinien verstreut gibt es bereits etliche zivilrechtliche Regeln: Reisevertrag, Produkthaftung, Verbraucherkredit. Der GRR ist ein Beitrag zur besseren Rechtsetzung, auf dessen Grundlage die unterschiedlichen und zum Teil sogar widersprüchlichen Regeln vereinheitlicht werden können. Das hilft zunächst den Gesetzgebern selbst: dem europäischen, um sich vor Augen zu halten, welche zivilrechtlichen Regeln er bereits aufgestellt hat; aber auch den nationalen, die auf diese „Formelsammlung“ zurückgreifen können, um künftige EU-Vorgaben besser verstehen und umsetzen zu können. Dann aber – in einem zweiten Schritt und wenn sich diese Art Formelsammlung des GRR bewährt – kann das GRR den Binnenmarktakteuren als einheitliches Musterrecht dienen, auf dessen Anwendung sie sich verständigen können. Dann wäre der GRR eine Alternative zu den 27 und mehr nationalen Einzelrechten. Welche Rechtsnatur der Referenzrahmen zunächst haben wird, ist noch unklar. Klar ist aber, dass er das Potenzial hat, für grenzüberschreitende Rechtsgeschäfte als eigenes Zivilrecht neben das (nicht anstelle des) BGB und den Code Civil zu treten.

Um Alternativen – nicht Abschaffung – geht es auch im **Gesellschaftsrecht**. Gemeinschaftseigene Gesellschaftsformen sollen Unternehmen im Binnenmarkt neben den einzelstaatlichen Formen zur Verfügung gestellt werden. Aktuell verhandelt der Rat die Europäische Privatgesellschaft (EPG), also eine Europa-GmbH. Die entsprechende Verordnung zielt darauf ab, für EU-weit operierende Firmen eine passende Rechtsform zu bieten – und zwar (möglichst) einheitlich in allen Mitgliedstaaten. Die EPG sah zunächst aus wie das Kind einer englischen limited und einer deutschen GmbH, wobei sich die limited kurz nach der Geburt scheinbar etwas stärker durchgesetzt hat. Im laufenden Gesetzgebungsverfahren hat das Europäische Parlament aber

wesentliche Vorzüge der GmbH durchsetzen können. Was die 27 Regierungen aus dem Verordnungsvorschlag am Ende machen, wird sich noch zeigen. Jedenfalls hat die Aussicht auf die EPG, so scheint's, bereits den deutschen Gesetzgeber beflügelt. Denn die neue GmbH mit der Beweglichkeit ihres Verwaltungssitzes ins Ausland ist flott gemacht worden, damit sie es im Wettbewerb mit der EU-Rechtsform aufnehmen kann. Hier wird die Praxis des Rechtsverkehrs – nicht der Gesetzgeber, noch die Wissenschaft – zeigen, welche Rechtsform in welcher Situation für welche Art von Unternehmensgründer die passende ist. Schlecht ist mit Sicherheit keine der Alternativen.

Während die Kommission im Zivilrecht versucht, aus vielen verschiedenen Richtlinien allgemeine einheitliche Prinzipien herauszuziehen, also den Weg vom Besonderen zum Allgemeinen geht, ist man im **Zivilprozessrecht** noch nicht so weit. Im Gegenteil, in der Kommission scheint man auf dem besten Wege zu sein, partikularrechtlich das Prozessrecht zu verzerren, um dann Jahre später wieder nach einheitlichen Prinzipien zu suchen. Hier denke ich an die aktuelle Diskussion zu Sammelklagen. Von der Kommission als Spezialthemen des Kartellrechts wie auch des

Verbraucherschutzrechts behandelt, greifen die Vorschläge in Wahrheit tief ins Zivilprozessrecht (und Schadensrecht). Anonyme Klägerschaft, ausufernde Beweislastumkehr und Strafschadensersatz sind nur drei der angedachten Folterinstrumente, die von den US-amerikanischen class-actions bekannt und allzu berüchtigt sind. Im Grundsatz ist nichts gegen die Bündelung von Klagen einzuwenden, da sie der Verfahrensökonomie dienen können. Verhilft das Prozessrecht aber nicht zu einem effektiven und gerechten Verfahren, sondern zwingt – unter dem Deckmantel des angeblichen Verbraucherschutzes – die scheinbar stärkere Streitpartei einseitig in die Knie, ist es parteiisch und unfair. Das muss verhindert werden. Das materielle Recht unterliegt naturgemäß gesellschaftlichen Leitbildern; das Prozessrecht hingegen sollte weitestgehend neutral bleiben.

Wie auf einzelstaatlicher Ebene gibt es auf EU-Ebene gute und schlechte Gesetzgebung. Da das Gemeinschaftsrecht jedoch für 500 Millionen Bürger gilt, ist der europäische Gesetzgeber umso mehr auf die Beiträge erfahrener Juristen angewiesen. Richter und Staatsanwälte sollten sich daher besonders berufen fühlen, an der Entstehung europäischer Gesetze mitzuwirken. Wir stehen noch zu sehr am Anfang, um auf das „Ende gut – alles gut“ warten zu können.

Ihr

Klaus-Heiner Lehne



Klaus-Heiner Lehne, MdEP

Tage(n) in Europa

Tagungen bringen weiter. Hier soll es aber nicht um die JAK in Recklinghausen gehen. Es sollen auch nicht die Fortbildungen in Trier und Wustrau mit ihren angenehmen Seiten gepriesen werden. Gemeint sind Tagungen bei unseren europäischen Nachbarn, beispielsweise in Rom, in Barcelona oder in Riga.

Falls die örtliche Verwaltung die Information über derartige Angebote nicht per e-mail weitergeben sollte, kann man sich leicht durch einige Klicks im Intranet informieren. Da ist für jeden etwas Interessantes dabei, wenn man nur bereit ist, ein wenig über den Zaun des aktuellen Dezernats zu schauen.

Klar, es gibt die Sprachbarriere. Die überschätzen aber offenbar vor allem wir Deutschen bei weitem. Unsereiner denkt, er müsse zumindest perfekt in (juristischem) Englisch, am besten noch in der Sprache des ausrichtenden Landes parlieren können. Da haben die Teilnehmer aus anderen Ländern deutlich weniger Hemmungen und siehe da – es geht auch mit Pidgin-Englisch plus wahlweise einigen Brocken Spanisch, Französisch oder Italienisch. Die Simultanübersetzungen der Vorträge ins Englische, manchmal auch ins Deutsche oder Französische, ist sichergestellt.

Auch wenn man nicht immer alles versteht, lernt man gleichwohl eine Menge über die Unterschiede und die – noch zu schwachen – Gemeinsamkeiten im Europäischen Rechtsraum. Dass wir mit unseren Rechtsregeln der Zeit hinterher hinken, steht jedem bei den vielen „global players“ im Wirtschaftsbereich, aber auch den modernen „Wanderbewegungen“ vor Augen.

Da werden z.B. die Kinder in der Trennungsphase der Eltern im Billigflieger in zwei Stunden zu den Großeltern an der Costa del Sol gebracht und dann wird über deren künftigen Aufenthalt gestritten. Es ist gerade in diesem Rechtsgebiet absurd, dass eine identische Konfliktsituation in Europa auf 27 verschiedene Arten behandelt werden muss. Der europäische Lebensraum ist Realität, der Rechtsraum steckt aus nationalstaatlichen Empfindlichkeiten in den Kinderschuhen.

Die von der EU gesponserten Tagungen (Flüge und Aufenthalt kostenlos!) weiten zumindest den Blick: man nimmt für die praktische Arbeit etwas mit – und seien es lediglich nützliche Links, wie man sich bei supranationalen Fällen rasch schlau ma-

chen und das Verfahren organisieren (oder verweisen!) kann.

Neben dem fachlichen haben europäische Tagungen einen hohen soziokulturellen Nährwert. Wer kennt schon Polinnen, Franzosen, Spanierinnen oder Litauer näher? Wer weiß, wie die Kolleginnen und Kollegen aus unseren Nachbarländern denken und arbeiten? Hier kann man sie zwanglos kennen lernen!

Deutsche erkennt man auf derartigen Tagungen leicht daran, dass sie – *tenue correcte* – am ersten Tag noch vor der angegebenen Zeit, oft ein Fachbuch unter dem Arm, am Tagungsort erscheinen – und sich wundern, wo denn die anderen Teilnehmer bleiben. Ausnahmen wie jener hagere, leicht verwirrt dreinschauende Kollege mit dichtem Schnurrbart, mit dem sich der Autor länger auf Spanisch unterhielt, bevor herauskam, dass „Don Quichote“ aus Emden stammte, bestätigen die Regel.

Selbst im nordisch-protestantischen Riga bedeutet 10 Uhr „so ungefähr ab zehn“ – es müssen doch erst alle begrüßt, nach dem Woher gefragt und Kenntnisse über Land und Leute („oh das Oktoberfest...“) ausgetauscht werden, alles andere wäre unhöflich.

Die Riege der Vortragenden ist stets hochkarätig besetzt – es gilt als Ehre, mit einem profunden Beitrag vor den europäischen Kollegen zu glänzen.

Keine Angst vor Wortbeiträgen! Wenn hierzulande nach Vorträgen um Fragen gebeten wird, ist das oft eine peinliche Situation, weil sich keiner traut. Sind dagegen Südeuropäer auf europäischen Tagungen dabei, ist es umgekehrt. Eine halbe Stunde oder gar länger still zuhören zu müssen, verursacht manchem körperliche Pein, die unbedingt mit einem Wortbeitrag gelindert werden muss. Es mag alles bereits mehrfach gesagt sein, mit einem gedehnten „dunque“



eingeleitet und entsprechender Gestik unterstrichen kann ein Italiener rhetorisch immer glänzen.

Das uns so fremde „laissez faire“ bedeutet nicht, dass die Tagungen nicht perfekt organisiert wären. In Italien und Spanien hat die selbstverwaltete (!) Justiz eigene Stäbe, die vom Transport über die Übersetzung von Papieren bis hin zu einem feinen Diner für die Teilnehmer alles wunderbar und unaufgeregt organisieren. Gerade in diesen beiden Ländern verstehen sich die Richter und Staatsanwälte als ein eigener Stand mit entsprechendem Zusammengehörigkeitsgefühl. Das äußert sich zum Beispiel darin, dass man durchgängig per Du verkehrt – vom Anfänger bis zum Präsidenten des Obersten Gerichtshofes! Deutsche werden ganz selbstverständlich einbezogen, was zu komischen Situationen führt, denn untereinander bleiben die Landsleute beim Sie, bis die abendlichen Kneipengänge die Hemmschwelle senken. Begibt man sich dabei in die Obhut der ortskundigen Kollegen, kann man selbst in Rom in urigen Trattorien landen („senza Auslander, garanzia!“), wie man sie sich immer erhofft, aber nie gefunden hat.

Beim Wein lockern sich die Zungen zu einem europäischen Sprachgewirr, die Fremdheit löst sich auf und es entsteht – wenigstens auf dieser Ebene – ein unbekanntes Zusammengehörigkeitsgefühl. Wer das einmal erlebt hat, mag es nicht mehr missen: Wann und wo ist die nächste Tagung?

Selbstverwaltung der Justiz in Europa

Selbstverwaltung der Justiz bedeutet im Kern, dass die Angehörigen der Dritten Gewalt – also die Richterinnen und Richter und mit ihnen auch die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte – die grundlegenden Fragen ihrer beruflichen Belange (z. B. Ernennung, Beförderung, Aus- und Fortbildung, Finanzen) selbst in die Hand nehmen. Eine solche „echte“ Selbstverwaltung

setzt eine organisatorische Verselbstständigung der Justiz voraus.

In Deutschland sind wir davon (noch) weit entfernt. Die Justiz untersteht hierzulande dem Verwaltungszugriff der Exekutive. Blickt man nach Europa, so muss man allerdings feststellen, dass unser Modell der Ministerialverantwortung nur noch von wenigen anderen Staaten praktiziert wird

(z. B. von Österreich und Tschechien). Im Großteil der 27 Staaten der Europäischen Union wurden – mit unterschiedlicher Ausgestaltung und Aufgabenverteilung – Schritt für Schritt unabhängige Selbstverwaltungsorgane der Justiz eingerichtet. Der Trend in Europa – weg von einer Verwaltung der Justiz durch die Justizministerien und hin zu einer sich selbst verwaltenden Dritten Gewalt – ist unübersehbar. Unterstützt wurde diese Entwicklung in jüngster Zeit nicht zuletzt auch durch die konsequente Umstrukturierung der Justizsysteme in Mittel-, Ost- und Südosteuropa nach dem Ende des Kalten Krieges.

Die neuesten Empfehlungen des Europarates (CCJE – Consultative Council of European Judges – Stellungnahme Nr. 10/2007 – www.coe.int –) sprechen ebenfalls eine deutliche Sprache. Ein unabhängiger „Rat für das Justizwesen“, der zum Beispiel für die Ernennung, Beförderung und Beurteilung der Richterinnen und Richter, aber auch für deren Aus- und Fortbildung sowie

das Disziplinarrecht zuständig sein soll, wird dort als unabdingbarer Bestandteil eines Rechtsstaats bezeichnet. Auf diese Weise könne – so die Empfehlung – ein Gleichgewicht zwischen der gesetzgebenden, der vollziehenden und der rechtsprechenden Gewalt hergestellt werden.

Den derzeit wohl stärksten Motor für das Voranbringen der Idee einer justiziellen Selbstverwaltung in Europa stellt das im Jahre 2004 gegründete Europäische Netzwerk der Justizverwaltungsräte (European Network of Councils for the Judiciary, kurz: ENCJ – www.encj.net –) dar. Es versteht sich als eine Art Klammer für die in den Mitgliedstaaten bereits existierenden Selbstverwaltungsorgane der Justiz und will gegenüber den Institutionen der EU Stimme und Sprachrohr für diese sein. Eine im Staatsgefüge organisatorisch unabhängige Dritte Gewalt wird von den maßgeblichen Kräften im ENCJ als das zukunftsweisende Modell zur Gewährleistung vollständiger Unabhängigkeit der Justiz angesehen. Nach

Ansicht des ENCJ muss das Modell einer sich selbst verwaltenden Dritten Gewalt langfristig als Leitbild in Europa verankert werden.

Deutschland nimmt – vertreten durch das Bundesministerium der Justiz (BMJ) – eine Beobachterrolle im ENCJ ein. Im vergangenen Jahr wurde dem Deutschen Richterbund (DRB) und den anderen Justizverbänden durch das BMJ ermöglicht, an den Veranstaltungen, Jahrestreffen und Arbeitsgruppen des ENCJ teilzunehmen. Der DRB sieht darin eine große Chance. Auf diese Weise kann er zum einen seine eigenen Vorstellungen von einer sich selbst verwaltenden Justiz in den europäischen Diskussionsprozess einbringen. Zum anderen besteht durch den Kontakt mit den europäischen Selbstverwaltungsinstitutionen für den DRB auch die Möglichkeit, deren Ratschläge und Ideen aufzugreifen. Diese können für die nationale Arbeit wertvoll sein.

RLG Dr. Martin Petrasch, Nürnberg

Die internationale und die europäische Richtervereinigung

Die **internationale Richtervereinigung (IVR)** (englisch: International Association of Judges – IAJ, französisch: Union Internationale des Magistrats – UIM) mit heutigem Sitz in Rom wurde am 6. September 1953 in Salzburg als unpolitische, internationale Berufsvereinigung gegründet, in der nicht einzelne Richter, sondern nationale Richtervereinigungen zusammengeschlossen sind, die durch Entscheidung des Zentralrates in die internationale Richtervereinigung aufgenommen werden.

Das Hauptziel der Vereinigung ist der Schutz der richterlichen Unabhängigkeit als essentielle Voraussetzung richterlicher Amtsführung und Garantie der Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Die IVR umfasst derzeit 73 nationale Organisationen oder repräsentative Gruppen aus fünf Kontinenten, wobei aus jedem Land jeweils nur eine richterliche Vereinigung Mitglied sein kann.

Der Zentralrat (Central Council), das oberste Beratungsgremium der IVR, in den jede Mitgliedsvereinigung zwei Vertreter entsendet, tritt jährlich, vorzugsweise immer in einem anderen Land, zusammen. Der DRB wird hier stets durch seinen Vorsitzenden und ein weiteres Mitglied des Präsidiums, derzeit den Verfasser, vertreten.

Der IVR wurden vom Europarat, dem Internationalen Arbeitsamt (ILO) und dem

Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen Konsultativstatus zuerkannt. Um die Interessen der IVR vor Ort bei den Vereinten Nationen zu vertreten, hat die IVR örtliche Vertreter benannt. So treten vor dem UN-Hauptquartier in New York die Kollegin Joanna Seybert, United States District Judge (Eastern District of New York) und die Kollegin Louise Mailhot, Richterin am Appellationsgericht von Quebec, Kanada, für die IVR auf. Vor dem UN-Büro in Genf wird die IVR durch die Kollegen Pierre Zapelli, Richter am Bundesgericht in Lausanne, Schweiz, und Louise Mailhot vertreten und vor dem UN-Büro in Wien durch ihre früheren Vorsitzenden und Ehrenpräsidenten Gunter Woratsch und Ernst Markel.

Die IVR unterhält vier stehende Studienkommissionen, nämlich zu „Organisation der Gerichtsbarkeit“, „Bürgerliches Recht und zivilgerichtliches Verfahren“, „Strafrecht und Strafverfahren“ sowie Öffentliches und Sozialrecht“. Die Kommissionen tagen regelmäßig anlässlich der Jahrestagung des Zentralrates. Diese Sitzungen werden durch eine Umfrage unter den Mitgliedsvereinigungen zu einem im Vorjahr festgelegten Thema vorbereitet, die gewählten Leiter der Studienkommissionen erstellen eine Synopse und einen Berichtsentwurf, der während der Sitzung beraten und beschlossen wird. Die Dokumente der

Studienkommissionen finden sich auch in englischer und französischer Sprache im Internet unter www.iaj-uim.org.

www.NORDSEE-SANATORIUM.DE
Private Krankenanstalt
Deichstraße 13a
26434 Wangerland-Horumsiel
Tel. (0 44 26) 9 48 80
Fax (0 44 26) 94 88 99

Darlehen
für Beamte, Angestellte und Arbeiter des ö. D.

Zur Verwendung für:

- Ablösung teurer Altkredite
- Ausgleich des Girokontos
- Hypotheken- und Nachrangdarlehen
- Umschuldungen
- Barauszahlung

Festzins - niedrige Raten - Lange Laufzeiten

Vertrauensvolle zügige Abwicklung:

IM & KA GmbH
Warendorfer Straße 57
48145 Münster
Tel.: 0251-374 04 91
Fax: 0251-374 04 92
0172-868 75 42
<http://www.imundka.de>
service@imundka.de

Zentrales Dokument des Selbstverständnisses der IVR und ihrer Mitgliedsvereinigungen ist die Universale Richter-Charta, die die Mitglieder der IVR auf der Sitzung des Zentralrates 1999 in Taipeh beschlossen haben, der englische Text findet sich unter <http://www.iaj-uim.org/old/ENG/07.html>. Nach deren Artikel 1 müssen Richter stets das Recht jedes Menschen auf ein faires Verfahren gewährleisten. Dazu sollen sie das Recht der Verfahrensbeteiligten auf eine faire und öffentliche Anhörung in angemessener Zeit vor einem unabhängigen und unparteilichen Gericht sicherstellen, um zivilrechtliche Rechte und Pflichten oder strafrechtliche Verantwortung festzustellen. Art 1 Abs. 2 erklärt die unteilbare richterliche Unabhängigkeit zur unverzichtbaren Voraussetzung unparteilicher Rechtsprechung, die nur an das Recht gebunden ist.

In den weiteren Vorschriften der Charta finden sich Regelungen zur Unparteilichkeit, sachlichen und persönlichen Unabhängigkeit der Richter, Unversetzbarkeit, Bindung an das Recht, Nebentätigkeiten, (disziplinarische) Verantwortlichkeit, Vereinigungsrecht und Besoldung und Versorgung. Insgesamt vermittelt die Charta ein kontinentaleuropäisch geprägtes Verständnis richterlicher Tätigkeit.

Im Laufe der Zeit haben sich in der IVR schon aufgrund sehr unterschiedlicher Ausgangssituationen in den einzelnen Kontinenten, aber auch kultureller Verbindungen regionale Gruppen herausgebildet. Heute gibt es vier solcher Regionalgruppen: die Europäische Vereinigung der Richter (EVR) (englisch: European Association of Judges – EAJ), französisch: Association Européenne des Magistrats – AEM), die afrikanische Gruppe, die iberoamerikanische Gruppe und die sog. ANAO-Gruppe (Nordamerika, Asien und Ozeanien). Die Zusammensetzung folgt dabei nicht stets geografischen Vorgaben: So gehört beispielsweise Spanien aus historischen Gründen nicht nur der europäischen Gruppe an, sondern ebenso der iberoamerikanischen, die ansonsten nahezu alle mittel- und südamerikanischen Staaten umfasst. Andererseits ist Israel – aus politischen Gründen wegen seines Konflikts mit den arabischen Nachbarstaaten – Mitglied der europäischen Richtervereinigung, ebenso wegen ihrer kulturellen Verbundenheit die Kaukasusrepubliken Georgien und Armenien (und zukünftig möglicherweise auch Aserbaidschan).

Die **europäische Richtervereinigung (EVR)** bildet dabei mit insgesamt 37 Mitgliedsvereinigungen aus ebenso vielen Mitgliedsstaaten die größte Regionalgruppe. Ihr

gehören mit Ausnahme Andorras, Russlands, der Türkei, des Vatikanstaates und Weißrusslands alle europäischen Staaten an.

Die erste Sitzung der Vollversammlung der EVR fand im März 1993 in Wiesbaden statt, seit Oktober 1994 tagt sie in halbjährlichem Rhythmus im Frühjahr jeweils in einem europäischen Land und im Herbst zeitgleich mit der Sitzung des Zentralrates der IVR.

In einer sehr kontroversen Sitzung ihres Zentralrates hat die **IVR** nach langwierigen vorausgegangenen Verhandlungen in kleinen Zirkeln im Herbst 2003 in Wien eine Änderung ihrer Satzung beschlossen, die den Regionalgruppen mehr Selbstständigkeit einräumte. Damit wurde es diesen möglich, auch nach außen hin eine eigenständige Vertretung wahrzunehmen und sich selbst eine Führung zu geben. Die geänderte Satzung der IVR bestimmt seither, dass deren Präsidium aus dem Präsidenten und sechs Vizepräsidenten besteht,

wobei jeweils ein Mitglied aus jeder Regionalgruppe dem Präsidium der IVR als Vizepräsident angehören muss. Aus Sorge vor zu großer Selbstständigkeit der Regionalgruppen konnte sich die IVR allerdings nicht entschließen, die Wahl ihrer Vizepräsidenten den einzelnen Regionalgruppen allein zu überlassen, sodass diese als kleinster gemeinsamer Nenner von allen Mitgliedsorganisationen gemeinsam zu wählen sind.

In der Folge hat sich die **EVR** ebenfalls noch im Jahr 2003 eine Satzung gegeben (Fundstelle unter http://www.iaj-uim.org/old/AEM/Stat_D.html) und seither eine rege eigene Tätigkeit entfaltet. Heute ist sie als europäische Spitzenvereinigung beim Europarat und den Institutionen der EU anerkannt und vertritt die europäische Richterschaft in zahlreichen europäischen Gremien.

**VRLG Lothar Jünemann, Berlin,
Mitglied des Präsidiums des DRB**

Blick zu den Nachbarn

Ich, Anna Michaldo ...

... bin 31 Jahre alt und Familienrichterin bei dem Gericht erster Instanz in Krakau/Republik Polen. Genauer gesagt bin ich stellvertretende Leiterin einer Familienabteilung unseres Gerichts. Es gibt vier Abteilungen für Familiensachen, die jeweils für einen bestimmten Bezirk von Krakau und Umgebung zuständig sind; insgesamt sind 14 bis 16 Richter mit Familiensachen befasst.

Unser Krakauer Gerichtsbezirk hat ungefähr 750.000 Einwohner.

Wir Familienrichter befassen uns nicht nur mit den „klassischen“ Familiensachen, sondern auch mit Straftaten von Jugendlichen unter 17 Jahren. Außerdem haben wir Fälle der sogenannten sozialen Verwahrlosung zu behandeln, also Schulschwänzen, Alkoholexzesse, Nichtbefolgen von Weisungen der Eltern ...

Ich habe normalerweise zwei Sitzungstage in der Woche, manchmal sind es auch drei. Die Sitzungen dauern üblicherweise von 8.30 Uhr bis 15.00 Uhr. Bei den Sitzungen ist immer ein Protokollführer dabei, der ein Wortprotokoll schreibt.

Die meisten Fälle verhandle ich als Einzelrichterin, in manchen Fällen wie z. B. bei Adoptionen oder Sorgerechtsentscheidungen sind zwei Laienrichter beteiligt.

Jeder Richter hat eine tägliche Anwesenheitspflicht von 10.00 Uhr bis 14.00 Uhr.

Ich bin allerdings meistens schon um 8.30 Uhr im Gericht und bleibe meist bis 17.00 Uhr. Manchmal muss ich auch am Wochenende arbeiten, wenn ich unter der Woche nicht fertig geworden bin.

Unser Bereitschaftsdienst trifft mich an zwei bis drei Wochenenden im Jahr, dazu habe ich einen Bereitschaftstag in der Woche. Die Rufbereitschaft besteht rund um die Uhr, also auch nachts ...

Das Dienstzimmer ist nicht gerade üppig bemessen; mit einer Kollegin teile ich mir ein Zimmer von etwa 13 qm. In der ersten Instanz ist es in Polen üblich, dass sich zwei Kollegen ein Zimmer teilen.

Dafür muss ich nicht so lange arbeiten wie Sie in Deutschland. Als Frau kann ich mit 55 Jahren in Pension gehen, wenn ich 25 Jahre lang Richterin war. Männer können mit 60 Jahren gehen, wenn sie 30 Jahre lang im Beruf waren. Die Regelaltersgrenze ist das 65. Lebensjahr, es kann aber jeder auf Antrag bis zum 70. Lebensjahr weitermachen.

Von dem Arbeitsstress kann ich mich an 26 Urlaubstagen im Jahr erholen und in Ferien fahren, wenn es die Finanzen hergeben. Ein „normaler“ Richter am Gericht erster Instanz verdient ca. 4.440 Zloty monatlich, ich als stellvertretende Leiterin ca. 4.750 Zloty (derzeit ca. 1.045 Euro). Auch wenn die Kaufkraft bei uns anders ist, kann man damit keine großen Sprünge machen.

EU: Grenzüberschreitende Überwachung U-Haft vermeidender Auflagen möglich

Auflagen, die gegen einen Verdächtigen als Alternative zur Untersuchungshaft verhängt wurden, können zukünftig EU-weit überwacht werden. Darauf haben sich in Brüssel die Justizministerinnen und -minister der EU verständigt. Damit soll Untersuchungshaft weitergehend als bisher vermieden werden können.

Die Einigung vom 28. 11. 2008 knüpft an einen bereits im Dezember 2007 politisch geeinigten Rahmenbeschluss an, mit dem die Möglichkeit der Überwachung von Bewährungsaufgaben und alternativen Sanktionen gegenüber Straftätern nach einer Verurteilung innerhalb der EU geschaffen wurde. Der Rahmenbeschluss regelt nun, dass solche Auflagen, die im Rahmen eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens zur U-Haft-Vermeidung gegen einen Beschuldigten verhängt wurden, grenzüberschreitend überwacht werden.

„In einem Europa offener Grenzen, in dem sich seine Bürgerinnen und Bürger frei bewegen, wollen wir Ungleichbehandlungen vermeiden, die sich allein aufgrund des ausländischen Wohnsitzes einer verdächtigen Person ergeben. Denn bislang ist es in einigen Mitgliedstaaten möglich, Verdächtige mit ausländischem Wohnsitz in U-Haft zu nehmen, weil durch die Möglichkeit der Rückkehr an den Wohnsitz, Fluchtgefahr bejaht wird. Eine Aussetzung der Haft gegen Auflagen findet regelmäßig nicht statt, weil die Auflagen im Ausland nicht überwacht werden müssen. Künftig wollen wir vermeiden, dass Verdächtige mit einem Wohnsitz in einem anderen EU-Land nur deshalb in Haft genommen werden, weil keine Verpflichtung zur Überwachung der Auflagen im europäischen Ausland besteht“, sagte Bundesjustizministerin Zypries.

Anders als in Deutschland besteht in einigen Mitgliedstaaten der EU die Möglichkeit, einen Beschuldigten in Untersuchungshaft zu nehmen, wenn die Gefahr besteht, dass er in sein Heimatland zurückkehren könnte. Wird zum Beispiel ein deutscher Staatsangehöriger in Frankreich eines Raubes verdächtigt und besteht die Gefahr, dass er an seinen Wohnort nach Deutschland zurückkehrt, so könnte diese Person in Frankreich wegen Fluchtgefahr in Haft genommen werden. Der zuständige Richter wird in diesem Fall die Haftentscheidung regelmäßig auch nicht gegen Auflagen (z. B. Meldeauflage) aussetzen, da die in Frankreich verhängten Auflagen in der Bundesre-

publik Deutschland bislang nicht überwacht werden müssen. Der neue Rahmenbeschluss schafft nunmehr eine rechtliche Verpflichtung zur Überwachung derartiger Auflagen. Damit wird in Zukunft auch in solchen Fällen die Möglichkeit einer Haftaussetzung gegen Auferlegung von Auflagen erleichtert und eine eventuelle Ungleichbehandlung von Verdächtigen mit ausländischem Wohnsitz im Vergleich zu Verdächtigen mit inländischem Wohnsitz vermieden.

In Deutschland kann der Vollzug eines Haftbefehls regelmäßig dann ausgesetzt werden, wenn weniger einschneidende Maßnahmen möglich sind und der Zweck der Untersuchungshaft – die geordnete Durchführung des Strafverfahrens – auch durch alternative Maßnahmen erreicht werden kann. Beispielsweise kann der Flucht-

gefahr in geeigneten Fällen dadurch begegnet werden, dass dem Betroffenen auferlegt wird, sich regelmäßig zu bestimmten Zeiten bei einer Polizeidienststelle zu melden. Allein die drohende Gefahr, dass ein Verdächtiger mit ausländischem Wohnsitz in sein Heimatland zurückkehrt, reicht in Deutschland bereits nach geltendem Recht nicht aus, um ihn in Haft zu nehmen. Denn die Rückkehr zum Wohnsitz bedeutet nicht zwingend, dass die betreffende Person sich dem Strafverfahren entziehen wird.

Die Überwachung der Auflagen im EU-Ausland wird künftig durch den Staat, der die Auflagen erlassen hat, mittels eines Formblattes bei dem Staat, der die Auflagen überwachen soll (Aufenthaltsstaat des Verdächtigen), beantragt. Die Überwachung erfolgt dann durch den Aufenthaltsstaat wie bei inländisch erlassenen Auflagen.

Gastgeber für Hospitationen gesucht

Die deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit in Bonn führt auch im Jahr 2009 wieder ein multilaterales Hospitationsprogramm in Kooperation mit den Landesjustizverwaltungen und dem Deutschen Richterbund durch. Sie hat Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte eingeladen, die Arbeit deutscher Gerichte und Staatsanwaltschaften für drei Wochen kennen zu lernen. Das JM NW und der Deutsche Richterbund bitten Kolleg-inn-en in NRW, Privatunterkünfte für den Zeitraum vom 8. bis 18. November 2009 für Zivil- und Handelsrichter bzw. vom 15. bis 25. November 2009 für Strafrichter und Staatsanwälte zur Verfügung zu stellen.

Das Programm wird vom JM NW unterstützt. Insgesamt werden etwa 40 Hospitant-inn-en aus Belarus, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Montenegro, Polen, Rumänien, Serbien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn an dem Programm teilnehmen. Ob auch Teilnehmer aus der Russischen Föderation und der Ukraine zu gewinnen sein werden, bleibt wegen mangelnder Deutschkenntnisse des in Frage kommenden Bewerberkreises noch fraglich. Vor der Hospitation erhalten die ausländischen Kolleg-inn-en jeweils in einem einwöchigen Seminar in Bonn eine Einführung in das deutsche Recht.

Der im vergangenen Jahr für das Hospitationsprogramm für Zivil- und Handelsrichter ausgewählte Kandidat hatte seine Teilnahme kurzfristig abgesagt. Ein Ersatzkandidat wurde nicht gemeldet. Im Rahmen des Hospitationsprogramms für Strafrichter und Staatsanwälte hospitierte StA Paavo Randma aus Estland beim LG Bonn. Jan Kasal, Richter aus der Tschechischen Republik, hospitierte beim AG Hagen.

**Interessenten werden gebeten, sich an
RLG Dr. Arnd Weishaupt, JM NW
(Tel.: 02 11/87 92-3 34) zu wenden.**

<p>Roben für Richter, Anwälte, Protokollführer in hervorragender Qualität.</p>  <p>Gerne senden wir Ihnen ein Angebot mit unseren 10 versch. Stoffproben</p>	<p>Seit 1890 <i>F.W. Jul. Assmann</i></p> <p>Maßanfertigung und Konfektionsgrößen zu gleichen Preisen (ab 215,- zzgl. MwSt.)</p> <p>F.W. Jul. Assmann Postfach 1130, 58461 Lüdenscheid Tel. ++49 2351/ 22 492 Fax: ++49 2351/ 38 08 66 jurist@f-w-jul-assmann.de www.f-w-jul-assmann.de</p>
--	--

Arbeiten im Kosovo

Unser früheres Redaktionsmitglied OStAin Anette Milk ist seit April 2008 mit der EU-Rechtsstaatlichkeitsmission EULEX-Kosovo in Prishtina. Für RiStA schreibt sie über ihre Erfahrungen.^[1]



Vor einigen Wochen hat mich ein Journalist gefragt: „Warum sind Sie hier?“

Diese Frage war leicht zu beantworten: „Ich habe genug Berufserfahrung, um etwas davon weitergeben zu können, und bin noch nicht zu müde für ein kleines Abenteuer.“

Ein kleines Abenteuer

Mein „kleines Abenteuer“ ist eine auf etwa 2 Jahre angelegte Tätigkeit als Staatsanwältin bei der EU-Mission „EULEX Kosovo“ in Prishtina.

Prishtina, die Hauptstadt des Kosovo mit niemand-weiss-wie-vielen (500.000?) Einwohnern, das ist: Chaos, Verfall und Bauboom zugleich. Vermüllte Trümmergrundstücke und ärmliche einstöckige Häuschen gleich neben billig hochgezogenen achtstöckigen Glasfassaden.

„Wie ist es denn dort?“

Da sind lärmende Baustellen überall, schlammige Pfützen auf löcherigem Asphalt und zahllose Autowaschbetriebe mitten in der Stadt. Und irgendwo wird immer gerade der Müll abgebrannt, den man nicht anders zu entsorgen weiß. Dass die allermeisten Häuser unverputzt sind, sehe ich schon gar nicht mehr.

EULEX Kosovo ist eine Mission der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Aber die wahren Gefahren, die mich im Kosovo erwarten, sind nicht etwa Kriegsfolgen, terroristische Bombenanschläge oder die Todesdrohungen der organisierten Kriminalität. Die wahren Gefahren sind halbmeter tiefe Schlaglöcher, unter-spülte und abgesackte Straßen, fehlende Gullideckel und ungesicherte Baustellen.

„Ist es denn da nicht gefährlich?“

Dazu ein Verkehr, dessen Funktionsweise sich dem Westeuropäer erst nach Monaten

erschließt – wobei das Studium der kosovarischen Straßenverkehrsordnung nicht hilft. Schließlich sind noch die unglaubliche Luftverschmutzung und die schlechten hygienischen Verhältnisse durch die täglichen, oft mehrstündigen Stromausfälle und die regelmäßigen nächtlichen Wassersperren zu nennen.

Der Journalist hakt nach: „Warum gerade Kosovo, warum gerade Prishtina?“

Auch diese Frage ist noch leicht zu beantworten:

Der Kosovo bietet mir eine ganz besondere berufliche Chance. Außer in Ost-Timor (und das ist wirklich weit weg von Deutschland) gibt es für Staatsanwälte und Richter keine andere Mission, in der man wirklich im Ausland in seinem Beruf arbeiten kann.

Einzigartige Herausforderung

Wir EULEX-Staatsanwälte und -Richter sind im Kosovo als Angehörige der örtlichen Staatsanwaltschaften und Gerichte tätig; wir Staatsanwälte arbeiten in gemischten Teams zusammen mit unseren einheimischen Kollegen und die Richter in gemischten Spruchkörpern mit Kosovaren an unseren Fällen.

Unsere Fälle stammen aus einem Katalog von „serious crimes“:

Kriegsverbrechen (ja, auch 10 Jahre nach Kriegsende gibt es diese Fälle noch), politisch oder ethnisch motivierte Mordfälle, organisierte Kriminalität mit Schwerpunkt auf Waffen-, Drogen- und Menschenhandel, Terrorismus, Korruption, schwere Wirtschaftskriminalität und einiges mehr. Außerhalb dieses Kataloges können wir Fälle an uns ziehen, in denen es ohne unsere Mitwirkung nicht richtig laufen würde. Das sind dann zumeist Fälle von interethnischen Zusammenstößen oder Vorgänge mit besonderer politischer Dimension.



Unsere Fälle

Kriegsverbrechen, Korruption...

Unsere Arbeitssprache ist Englisch. Mit meinen einheimischen Kollegen, die alle Albanisch sprechen, verständige ich mich mit Hilfe von „Language Assistants“ oder mit Hilfe meines einheimischen „Legal Advisor“ – ein jüngerer kosovarischer Jurist, der gutes Englisch spricht und mir in den juristischen Dingen assistiert. Die Sprachbarriere macht die Sache immer etwas mühsam; schließlich müssen ja auch die Akten und die von uns produzierten Schriftstücke (Anklagen, Rechtsmittel, Urteile...) übersetzt werden, und das dauert alles seine Zeit.

Die nächste Frage des Journalisten bringt mich etwas in Verlegenheit. „Glauben Sie, es macht Sinn, dass Sie hier sind?“

Nicht dass die Antwort nicht klar wäre. Auf jeden Fall ist sinnvoll, was wir tun: Jeder EULEX-Angehörige leistet seinen Beitrag, Kosovo beim Aufbau eines funktionierenden Rechtsstaats zu unterstützen. Die Frage ist nur, ob unser Atem lang genug sein wird.

Nicht „Rule of Law“, sondern „Rule of Brother-in-Law“

Kosovo ist eine kleine Gesellschaft. Nach Schätzungen – genaue Zahlen gibt es nicht – leben etwa 2.000.000 Kosovaren im Kosovo und weitere 500.000 im westlichen Ausland, vor allen in den deutschsprachigen Ländern und in Skandinavien. Ca. 90% der Kosovaren sind ethnische Albaner, die anderen 10% sind zum überwiegenden Teil Serben, aber auch Bosnier, Kroaten, Goranis, Roma und andere. Bei dieser geringen Einwohnerzahl muss man gar nicht die vielgeschmähten albanischen Clanstrukturen bemühen, um zu verstehen, dass hier jeder jeden kennt. Unter dem Druck von jahrhunderterlanger Fremdherrschaft, Krieg, Diskriminierung und extrem schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen hat sich eine Kultur herausgebildet, die die fehlende Verlässlichkeit des Staates durch die vorhandene Verlässlichkeit von persönlichen Beziehungen ersetzt hat. Korruption und Vetternwirtschaft gehen Hand in Hand, sind allgegenwärtig und erscheinen solange unausrottbare, bis eine Kultur des Rechtsstaats Oberhand gewinnt und sich damit auch die Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Investitionen verbessern.

Armenhaus Europas

In einem Land, dessen Hauptexportgut Almetall ist und in dem die Arbeitslosigkeit mehr als 40% beträgt, in dem ein Richter ca. 300 Euro pro Monat verdient, die Lebensmittel teilweise so teuer sind wie in Deutschland, da kann man eigentlich nicht viel Hoffnung auf wirtschaftliche Verbesserungen haben. Ausländische Unternehmen zögern, im Kosovo zu investieren. Die Gründe dafür sind vielfältig: Zu nennen sind zum einen die politische Ungewissheit in der Statusfrage um die Republik Kosovo^[2], zum anderen aber auch die grassierende Korruption, mithin der gefühlte Mangel an Rechtssicherheit im Lande. Ein Teufelskreis.

„Helden, Mythen und Politik“

Ein anderes Problem stellen die politischen Verflechtungen im Kosovo dar. Die ehemaligen „Kriegshelden“ der Kosovo Liberation Army (KLA, oder auf albanisch UCK) besetzen heute viele politischen Schaltstellen der Macht – weitgehend akzeptiert von vielen westlichen Staaten. Immer wieder liest man aber Berichte, wonach diese Personen tief mit der organisierten Kriminalität und Schattenwirtschaft des Kosovo verflochten sein sollen.

Selbstverständlich sind kosovarische Staatsanwälte und Richter auf dem Papier unabhängig. Niemand möchte aber seinen Namen unter einer Ermittlungsverfügung oder gar Anklage gegen einen solchen Politiker sehen.

Verurteilen kann ich meine kosovarischen Kollegen dafür nicht.

EULEX hat den breiteren Rücken

Was können wir denn mit gutem Gewissen von den Kollegen in einem Land erwarten, in dem zu Beginn einer Hauptverhandlung wegen Kriegsverbrechen von ehemaligen KLA-„Helden“ der Premierminister persönlich der Presse erklärt, dass die Angeklagten unschuldig sind^[3]? Oder in dem Zeugen reihenweise ihre Aussagen widerrufen oder umgebracht werden, in dem aus der Asservatenkammer der Polizei kürzlich 60 kg Heroin gestohlen wurden („zufällig“ war gerade die Überwachungskamera abgeschaltet), und in dem regelmäßig höhere Beamte ihren „freiwilligen“ Rücktritt „aus privaten Gründen“ erklären?

Da ist es besonders wichtig, dass die EULEX-Kollegen die Verantwortung für brisante Verfahren übernehmen. Die kosovarischen Kollegen sind uns dankbar dafür.

Deutsches (Justiz-)Personal in internationalen Missionen

Das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) in Berlin informiert über Beteiligungsmöglichkeiten. Das ZIF bereitet Bewerber auch auf Missionen vor, teilweise in Zusammenarbeit mit seinen Schwesterorganisationen aus anderen Staaten. Einzelheiten finden Sie auf www.zif-berlin.de. Sie können sich dort als Interessent registrieren lassen.

Es gibt zwei verschiedene Beschäftigungsmodelle: Sie werden von der Bundesrepublik Deutschland sekundiert, d.h. das Auswärtige Amt trägt die Personalkosten. Oder Sie werden direkt von der Mission kontraktiert. Beides hat Vor- und Nachteile. Lassen Sie sich von den kompetenten Mitarbeitern des ZIF beraten!

In beiden Fällen müssen Sie sich vom Land NRW ohne Bezüge beurlauben lassen. Dabei wird die Zeit des Auslandeinsatzes normalerweise als ruhegehaltstauglich anerkannt. Beihilfeansprüche fallen aber für diese Zeit weg. Man muss sich also um eine alternative Krankenversicherung kümmern oder stockt die private Krankenversicherung auf. Bei EULEX z.B. läuft die Krankenversicherung über die Mission. Seine private Krankenversicherung kann man dann für diese Zeit ruhen lassen.

Eine Abordnung im beamtenrechtlichen Sinne ist in aller Regel für Justizpersonal nicht möglich.

Nachdem ich dem Journalisten versucht habe zu erklären, dass wir nicht erwarten dürfen, kurzfristig Erfolge zu erzielen (als Balkankenner war seine Reaktion ein Schmunzeln), lautet seine letzte Frage: „Was nehmen Sie mit nach Hause von dieser Mission?“

Da weiß ich gar nicht, wo ich anfangen soll. Auf jeden Fall das Gefühl einer Bereicherung – das Gefühl, unglaublich viel erlebt und gelernt zu haben.

Ich habe unglaublich viele interessante Menschen kennen gelernt.

Ich habe Freunde gefunden.

Ich habe Europa und den Balkan entdeckt.

Und ich habe viel über mich selbst erfahren.

In der Anfangszeit hatte ich über Monate hinweg kein Büro, keinen eigenen Schreibtisch und nur manchmal einen Computer. Da habe ich das Improvisieren, Strukturieren, Organisieren gelernt. Tatkraft, unkonventionelle Ideen, und viel Diplomatie und Beharrlichkeit waren da gefragt:

Deutsche Gründlichkeit ist nicht immer angesagt

Ich habe gelernt, wie man auf englisch arbeitet, denkt und träumt. Wie man mit den Kollegen aus der Mission klarkommt, die aus allen Ländern der EU sowie aus der Schweiz, Kroatien, den USA, Kanada und der Türkei stammen. Dass man nicht alles mit Deutschland vergleichen darf. Und natürlich, wie man das Vertrauen der örtlichen Kollegen gewinnt – letztlich der Schlüssel für den Erfolg oder Nichterfolg unserer Arbeit.

Nicht zuletzt habe ich gelernt, mich in einem fremdem Rechtssystem zurechtzufinden. Der Jurist sollte meinen, das wäre das Schwierigste gewesen. Aber tatsächlich war das schon fast Nebensache...

Kurz: Ich habe bislang keinen einzigen Tag „auf Mission im Kosovo“ bereut.

[1] Leider ist in diesem Heft nicht genug Platz, um detaillierte Informationen zur Bevölkerung, Geschichte und aktuellen politischen Lage des Kosovo zu geben. Auch die spezielle Situation in dem mehrheitlich von der serbischen Minderheit bewohnten Norden von Kosovo ist bewusst ausgeklammert.

Ein lesenswerter Artikel mit guten Verweisen findet sich bei <http://de.wikipedia.org/wiki/Kosovo>, Einzelheiten zu EULEX Kosovo auf der Homepage www.eulex-kosovo.eu

[2] Ich spiele hier auf die umstrittene Unabhängigkeitserklärung (IGH-Gutachten) an.

[3] PM Hashim Thaci Anfang Juli in dem Verfahren gegen Latif Gashi u.a.



MERINO ROBEN
FÜR HÖCHSTE ANSPRÜCHE!

TRAGEKOMFORT
Sie werden keine leichtere Robe mit angenehmeren Trageeigenschaften finden, als die Robe ELITE.

DIE REINE NATUR
Die Richter-/Staatsanwaltsrobe ELITE hat hochwertige Samtbesätze aus 100% Baumwolle.

FEINSTE SCHURWOLLE
Der Oberstoff ist aus sehr hochwertiger, superleichter Schurwolle. Feinstes Merino-Kammgarn!

AB HERSTELLER
Die Robe ELITE kaufen Sie bei uns direkt ab Hersteller!

www.robenshop.de

NATTERER
Profi Design NATTERER GmbH
73730 Esslingen a.N.
Zeppelinstrasse 136
Telefon 0711 / 3166980

Aus der Arbeit des Vorstandes

Vorbereitung des Verbandsjubiläums

In der Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes in Hamm am 6. Juli 2009 wurde der Ablauf der Jubiläumsveranstaltung 60 Jahre Landesverband NRW des Deutschen Richterbundes im Theater der Träume in Düsseldorf festgelegt. Zur LT-Wahl selbst wird eine Arbeitsgruppe des Landesverbandes wieder Wahlprüfsteine erstellen, die den Parteien Ende dieses Jahres zugehen sollen. Die Antworten sollen in RiStA 1/2010 nachzulesen sein.

Weitere Tagesordnungspunkte waren die Nachbetrachtung zum 1. Amtsrichtertag vom 7. Mai 2009 in Mülheim, der inhaltlich großen Anklang und in den Medien auch gute Resonanz gefunden hatte, aber eigentlich von den Amtsrichterinnen und Amtsrichtern stärker hätte besucht werden müssen, sowie die Planung des (zweiten) Staatsanwaltstages, der wieder in Mülheim nach der LT-Wahl vom 9. Mai 2010 stattfinden soll.

Das Thema „Selbstverwaltung der Justiz“ nahm breiten Raum ein aufgrund des Ein-

stiegs in diese Materie durch die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein, wobei jedoch zu kritisieren ist, dass die Staatsanwälte in diesen Ländergesetzen keinen Platz finden. Von daher ist der Diskussionsentwurf des DRB (Berlin) zu favorisieren. Dieser soll in einer Veranstaltung der Bezirksgruppe Köln am 26. Oktober 2009 unter Beteiligung des Bundesvorsitzenden Christoph Frank dargestellt und diskutiert werden. Der DRB dringt auf Gleichbehandlung von Richtern und Staatsanwälten und wehrt sich gegen ein Auseinanderdividieren.

Für die nächste Landesvertreter-Versammlung wurde der 9. März 2010 in Düsseldorf festgelegt. Die nächste Bundesvertreter-Versammlung findet am 26. März 2010 mit Neuwahlen zum Bundespräsidium und zu den Kommissionen in Mannheim statt.

Schließlich hofft der Vorstand, dass mit der neuen **Werbeaktion3333** (viermal drei – ich bin dabei) in Kürze ein neuer Höchststand bei der Mitgliederzahl erreicht wird.

Seminar für Assessoren

Der Bund der Richter und Staatsanwälte führt auch in diesem Jahr wieder ein Fortbildungsseminar für Assessoren durch, und zwar am 12. September 2009 von 10 – 16 Uhr im SportCentrum Kaiserau in 59174 Kamen-Kaiserau, Jakob-Koenenstr. 2.

PrOLG a.D. Gero Debusmann, Hamm, referiert vormittags über Beurteilungen und Beförderung und Ass. jur. Hubert Voigt, Dülmen, (AXA/DBV) gibt Tipps zu Versicherungsfragen, insbesondere zu Lücken in der eigenen staatlichen Besoldung und Versorgung.

Die 23 Plätze für das Seminar werden nach der Reihenfolge der Eingänge der Meldung auf der Landesgeschäftsstelle in Hamm, Tel. 023 81/2 98 14, Fax 023 81/2 25 68 oder E-Mail info@drb-nrw.de, vergeben.

Das Seminar ist – nicht nur für Mitglieder – kostenfrei, so dass nur die eigenen Fahrtkosten anfallen.

60 Jahr-Feier im Oktober

Der Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW feiert als Landesverband des Deutschen Richterbundes am 8. Oktober 2009 sein 60-jähriges Bestehen als eingetragener Verein. Im Theater der Träume in Düsseldorf-Heerdt findet im Anschluss an die Gesamtvorstandssitzung eine Feierstunde statt. Das Ensemble des Theaters wird dabei mit einem kleinen Programm die Gäste von den befreundeten Verbänden und aus der Politik unterhalten.

Das neue Landesrichtergesetz – in weiter Ferne?

Nein? Im Mai 2009 war ein Gesetz zur Änderung des Landesrichtergesetzes (LRiG) in den Landtag eingebracht worden, das mit den Stimmen der CDU/FDP bei Enthaltung von SPD und GRÜNEN beschlossen und am 9. 6. 2009 verkündet wurde (Gesetz vom 9. 6. 2009 – GV. NRW 2009 Nr. 16 S. 341–342, in Kraft seit dem 10. 6. 2009). Das Gesetz ändert § 3 LRiG und lautet jetzt im Wesentlichen: „Für den Richter ist das vollendete 67. Lebensjahr die Altersgrenze(Regelaltersgrenze).“

Diese Regelung mit der aus dem neuen Landesbeamtengesetz bekannten Abstufung der Anhebung der Altersgrenze ist allerdings das einzig Neue in der laufenden Legislaturperiode. In der Anhörung zu diesem Änderungsgesetz hatten wir schlicht, aber bestimmt ein komplett neues LRiG gefordert.

Wir erinnern uns:

Zur LT-Wahl 2005 hatte der Landesverband des DRB so genannte Wahlprüfsteine an die rechtspolitischen Sprecher der im Landtag vertretenen Parteien verschickt. Zu den Wahlprüfsteinen gehörte auch die Forderung nach einer Änderung des LRiG, insbesondere die Einrichtung von Personalvertretungen für Staatsanwälte in den einzelnen Staatsanwaltschaften und andere Mitbestimmungsrechte betreffend. Die Parteien haben sich dazu geäußert, die Antworten sind nachzulesen in RiStA 2/2005, S. 3–6.

Dazu schrieb Peter Biesenbach, MdL (CDU) u.a.: „...ist es notwendig, eine Gleichstellung der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte durch ein eigenes Vertretungsorgan vor Ort zu erreichen.“

Jan Söffing, damals MdL (FDP) schrieb: „Mit dem FDP-Vorschlag für mehr Mitbestimmung der Staatsanwälte – wie vom Richterbund gefordert – sind wir am Widerstand der Grünen, dem sich die Fraktion der SPD gebeugt hat, gescheitert. ... Eine Neuregelung ist damit nach wie vor überfällig; dem Wunsch, dies im Richtergesetz vorzunehmen, steht die FDP offen gegenüber.“

Frank Sichau, MdL (SPD) schrieb: „Für die Staatsanwält(e)innen würde die Einrichtung von Personalräten bei den örtlichen Staatsanwaltschaften eine Angleichung an die in der übrigen Landesverwaltung übliche Struktur der Personalvertretungen gewährleisten.“

Schließlich schrieb Sybille Haußmann, damals MdL (Bündnis 90/Die Grünen):

„Die Mitbestimmungsrechte der Staatsanwälte werden derzeit durch das LPVG geregelt. ... Einer eigenen Personalvertretung für die Staatsanwält(e)innen steht die Fachpolitik positiv gegenüber, zurzeit gibt es in der Fraktion dafür allerdings keine Mehrheit.“

Das sah ja Anfang 2005 gar nicht so schlecht aus, weil die Politiker sich ja wohl mehrheitlich für eine Stärkung der Mitbestimmung, insbesondere auch für die Personalvertretung der Staatsanwälte vor Ort ausgesprochen hatten. Auch zu anderen in den Wahlprüfsteinen angesprochenen Wünschen und Forderungen des Landesverbandes waren die Stellungnahmen der Politiker durchaus verständnisvoll und unterstützend eingestellt.

Erinnern wir uns weiter:

Im September 2005, die neue Landesregierung war im Amt, legte der Deutsche Richterbund, Landesverband NRW, den Abgeordneten des Landtags einen Entwurf zur Neufassung des LRiG vor (Entwurf vom 14.9.2005). Darin enthalten waren vor allem Vorschriften zur Stärkung des Präsidialrats, zur Einführung eines Richterwahlausschusses, Vorschriften über die Einbindung der Staatsanwälte in das LRiG und die Bildung von Staatsanwaltsräten.

Zu diesem Zeitpunkt waren die Hoffnungen des Landesverbandes groß, dass nach den positiven Äußerungen der MdL vor der LT-Wahl und angesichts der Tatsache, dass die frühere Vorsitzende des Landesverbandes nun Justizministerin war, die Umsetzung des aufgestellten Katalogs nicht mehr lange auf sich warten lassen würde.

Nun sind wir fast am Ende der Legislaturperiode. Die Bemühungen des Vorstands im Verlauf der Regierungszeit der jetzigen Landesregierung waren zwar zahlreich, um die Politiker an ihre Aussagen zu erinnern, wurden aber leider ignoriert. Am 9. 5. 2010 finden die Wahlen zum neuen Landtag statt. Weitere Änderungen des LRiG sind nicht in Sicht, geschweige die Verabschiedung eines neuen LRiG mit den geschilderten Inhalten zur Stärkung der Justiz. Als einzige Maßnahme ist schließlich die Anhebung der Regelaltersgrenze übrig geblieben. Das ist ein sehr enttäuschendes Resümee, das zu ziehen ist. Dabei wäre es so einfach gewesen, zumindest die Staatsanwaltsräte einzu-

führen, was noch nicht einmal Geld gekostet hätte.

Unsere Aufgabe für die neue Legislaturperiode wird daher sein, mit noch mehr Nachdruck die Schaffung eines neuen LRiG zu fordern. Besonderes Augenmerk haben wir auf die Frage der Einbindung der Staats-

anwälte zu richten. Denn es gilt zu verhindern, dass Regelungen für Staatsanwälte und Richter auseinanderdriften, wie dies zurzeit z.B. bei der Arbeitszeit über das 65. Lebensjahr hinaus beim Vergleich des neuen LBG mit den Regeln des derzeit geltenden LRiG festzustellen ist.

Presseerklärung vom 24. 6. 2009

Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW fordert Einhaltung des Versprechens zur Besoldung

Ministerpräsident Dr. Rüttgers und andere maßgebliche Politiker in NRW haben mehrfach versprochen, die Tarifiergebnisse im öffentlichen Dienst im Verhältnis 1:1 auf die Beamten und Richter zu übertragen. Die nun eingebrachte Gesetzesvorlage der Regierung macht jedoch Abstriche: der Sockelbetrag wird von 40,- € auf 20,- € halbiert und die Einmalzahlung soll entfallen. Dass diese in NRW nun angestrebte Lösung trotz gegenteiliger Behauptungen der Politik nicht „1:1“ ist, ergibt sich schon daraus, dass FinMin Dr. Linsen die Wortkrücke „wirkungsgleich“ bemühen muss, um das Offensichtliche zu verschleiern.

Zudem wird in anderen Bundesländern anders verfahren. So setzen z.B. die von CDU, CSU, SPD und FDP regierten Bundesländer Schleswig-Holstein und Thüringen die Ergebnisse der Tarifverhandlungen tatsächlich 1:1 um – ohne Abstriche.

Auch in Bayern läuft es ohne Kürzung des Sockelbetrages. Ministerpräsident Seehofer begründet dies: „Mit diesen Gehaltssteigerungen leistet Bayern eine wichtige Anerken-

nung für die gute Arbeit seiner Beamtinnen und Beamten.“ Sein Finanzminister Georg Fahrenschon bekräftigt „Wer von den Beamten gute Arbeit verlangt, muss ihnen auch eine entsprechende finanzielle Perspektive eröffnen. Ein Abhängen von der allgemeinen Entwicklung kommt nicht in Frage.“

Der Vorsitzende des Bundes der Richter und Staatsanwälte in NRW Reiner Lindemann hierzu: „Es geht also doch, es gibt Landesregierungen, die 1:1 richtig umsetzen, nämlich 1:1. Die CDU/CSU-Minister in anderen Bundesländern können bestimmt auch rechnen. Es scheint deutlich zu werden, dass es in NRW nicht um Gerechtigkeit geht, sondern allein um Haushalt und mangelnde Wertschätzung der Beamten und Richter. Die Worte der Regierungskollegen müssen der Landesregierung von NRW in den Ohren klingeln.“

Die verantwortlichen Parlamentarier sind aufgerufen: die Kosten einer echten 1:1-Umsetzung sind vergleichsweise gering. Behandelt man ein Versprechen wie einen Versprecher, ist der politische Schaden groß.“

Späte Einsicht

Stellenabbau bei den Arbeitsgerichten verschoben

JMin Roswitha Müller-Piepenkötter gab am 24. Juni 2009 bekannt, dass der von der Landesregierung geplante Stellenabbau an den Arbeitsgerichten derzeit nicht durchgeführt werde. Wegen der Wirtschaftskrise seien die Arbeitsgerichte stark beansprucht, sodass der Abbau um zwei Jahre verschoben werde. Das Kabinett habe sich zum vorübergehenden Erhalt von 20 Richter- und 18 Service-Stellen entschlossen. Ursprünglich sollten diese Stellen schon in diesem Jahr an den 30 Arbeitsgerichten und den drei LAGs mit insgesamt 194 Richterstellen gestrichen werden.

Darlehen supergünstig *1) nominal 1,95% ab 2,34% effektiver Jahreszins
 35-jährige Beratungskompetenz **Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter**
DSB BANK und Stuttgarter Vers. a.G. supergünstige Beamtendarlehen, z.B. B.a.L. 30 J. alt, 30.000,- € günstige 281,05 € mtl., 70.000,- € 654,22 € mtl., inkl. LV, Lfz. 14 J., *5,99% effektiver Jahreszins. Lfz. 12 J., ab *5,75% effektiver Jahreszins auch an Angestellte ab 5 Jahre i.d.D. *1) Extradarlehen nominal 1,95% ab 2,34% eff. Jahreszins ab Zuteilung Bausparvertrag. Supergünstige Hypotheken ohne Eigenkapital, hohes Sondertilgungsrecht. Beleihung bis 120%.
www.ak-finanz.de AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen
 Telefax: (06 21) 51 94 88, E-Mail: beamtendarlehen@ak-finanz.de Gebührenfrei Tel. 0800/1000 500

Richterräte-Treffen in Recklinghausen

Der Hauptrichterrat der ordentlichen Gerichtsbarkeit (HRR) lud die Bezirksrichterräte (BRR) sowie die Richterräte in NRW am 25. Mai 2009 zu einem gegenseitigen Erfahrungsaustausch in die Justizakademie.

In den vergangenen Jahren beschäftigten sich insbesondere die BRR wiederholt mit dem Thema „**vertikaler Belastungsausgleich**“, also der Frage, wie eine gerechte Personalverteilung auf den Ebenen OLG-OLG-AG erreicht werden kann. Die HRR-Vorsitzende Brigitte Kamphausen berichtete, dass bei allen drei OLG's Stellen zugunsten der Bezirke abgebaut wurden, wobei dies häufig sog. Erprobungsstellen waren. Eine weitere Umverteilung würde in den einzelnen Bezirken zu keiner spürbaren Entlastung führen.

Das Thema Belastung ist vielschichtig. Hierzu gehört auch die Frage, wie die Tätigkeit der Richterräte zu bewerten ist. Während die Mitglieder des HRR und der BRR auf Antrag eine – in der Regel zu geringe – **Freistellung** erhalten, wird diese den Mitgliedern der örtlichen Vertretungen, auch deren Vorsitzenden, bis auf geringe Ausnahmen versagt. Der HRR hat dies bereits mehrfach bei der Justizministerin bemängelt, bislang ohne Erfolg. Da die Gesetzeslage eine solche Entlastung zulässt, empfiehlt der HRR, nicht locker zu lassen und die Entlastung (immer wieder) zu beantragen.

Entlastung sollen diejenigen von uns per Gesetz erhalten, die **über 55 Jahre** alt sind. Bei Lehrern wird das durch Verminderung der Pflichtschulstunden spürbar, bei Richtern steht hier ein Fragezeichen. Laut Justizministerium ist die Entlastung in die PebbSy-Berechnung eingerechnet. Zur Erinnerung: Bei PebbSy wird die Jahresarbeitsleistung pro Richter in Minuten gerechnet. Auf den Einzelnen wird der geringere Jahresminutenansatz also nicht umgesetzt. Hier sind die Präsidien und Behördenleiter gefragt.

Der HRR setzt sich seit Jahren dafür ein, dass **Proberichter** in den ersten sechs Monaten geringer belastet werden als ihre Berufskollegen. Das JM verweist stets darauf, es sei Aufgabe der Präsidien, für eine derartige Entlastung zu sorgen. Dieses Argument überzeugt nicht. Die Stellenzuweisung erfolgt ohne Rücksicht auf den Status als Proberichter. Es gibt keine Personalreserve, die zur Entlastung der Proberichter eingesetzt werden könnte.

Die Befragungen der Proberichter durch Mitglieder des HRR anlässlich der Erstta-

gungen hat teilweise zu erschreckenden Ergebnissen geführt. Es gibt Gerichte, bei denen Proberichter bis zu 60–70 Stunden in der Woche arbeiten. Durch Gespräche mit den Behördenleitern der betroffenen Gerichte und Appelle an die Präsidien will der HRR das Bewusstsein für die Überbelastung der Proberichter schärfen. Allzu oft wird die unzumutbare Arbeitssituation für Berufsanfänger in einigen Kammern als selbstverständlich hingenommen, anstatt nach Auswegen zu suchen.

Qualitätssicherung trotz hoher Arbeitsbelastung soll durch die Instrumente Intervision und kollegiale Beratung erreicht werden. Trotz vielfältiger Informationen hierüber ist die Resonanz bei den über 35-Jährigen leider nur sehr gering. Beruht das auf der Furcht, sich zu blamieren, oder glauben die Kollegen, alles richtig zu machen? Das Echo derjenigen, die sich der Intervision oder kollegialen Beratung gestellt haben, ist durchweg positiv. Insofern sollte jeder noch einmal überlegen, ob man es nicht doch wagt.

Ulrich Kleinert aus dem HRR stellte ein weiteres Instrument zur Optimierung des Personaleinsatzes vor: Die Mediation. Sie wird schon an einigen Gerichten erfolgreich eingesetzt. Er warb dafür, sich zum Mediator schulen zu lassen. Wie die Diskussion mit den Richterräten zeigte, ist das Interesse hieran groß. Einige berichteten jedoch, dass ihnen die Ausbildung nicht ermöglicht worden sei mit dem Argument, ihr Gericht sei zu klein, um dort Mediation einzusetzen. Wenn das Modell Mediation besser bekannt und aus der Praxis mehr nachgefragt wird, wird hier hoffentlich ein Umdenken stattfinden.

Auf dem Programm des Richterräte-Treffens standen auch die Themen **Personalentwicklung** für Führungs- und Verwaltungskräfte, **Beförderungsvoraussetzungen und Erprobung**.

Beim OLG Hamm ist ein sog. Verwaltungspool eingerichtet worden, in dem Kollegen die für das Anforderungsprofil des weiteren aufsichtsführenden Richters am AG erforderliche Verwaltungserfahrung erlangen können. Der Verwaltungspool wird, wie die Diskussion zeigte, kontrovers bewertet. Nicht wenige sehen die Gefahr, dass die Teilnahme am Verwaltungspool stets die Kriterien Lebensalter und Erfahrung verdrängen werden.

Ein Geheimnis kann im Übrigen auch der Verwaltungspool nicht lüften: Nach welchen Kriterien werden Kollegen ausgesucht,

die auf das „Karrieregleis“ gesetzt werden?

Brigitte Kamphausen stellte die von den einzelnen OLG's mitgeteilten Zahlen zu den Erprobungswilligen und dafür notwendigen Stellen vor. Sie sind nicht miteinander vergleichbar, weil sie nach verschiedenen Kriterien ermittelt wurden. Das OLG Düsseldorf hat die Zahl derer mitgeteilt, die vom Alter her für die Erprobung in Betracht kommen und die künftige Teilnahme nicht ausdrücklich abgelehnt haben. Das OLG Köln hat nur die Zahl derer benannt, die unmittelbar vor der Erprobung stehen. Bei den Erprobungsstellen fällt auf, dass das OLG Hamm im Gegensatz zu den anderen OLGs eine Erprobung im Familiensenat nicht ermöglicht.

Zur Nacherhebung 2008 bei **PeBBSy** liegt das Gutachten erst seit kurzem vor. Einzelheiten können an dieser Stelle aus Platzgründen nicht mitgeteilt werden. Nur soviel: An den Amtsgerichten sind die Bewertungszeiten höher, an den OLG's sind sie etwas zurückgegangen. Künftig sollen mehr Geschäfte in einer Kategorie zusammengefasst werden. Das bedeutet weniger Zählauflauf, jedoch auf Kosten der Transparenz.

Auf die Amtsgerichte wird mit der Einführung des **FamFG** eine weitere Belastung hinzukommen. Wie hoch diese sein wird, lässt sich heute verlässlich nicht sagen. Der HRR setzt sich dafür ein, dass der Pensenschlüssel für die Amtsgerichte verbessert wird.

Bezüglich des **Eildienstes** sieht das JM derzeit keinen Handlungsbedarf, auch nicht vor dem Hintergrund des geänderten § 162 StPO, der eine Konzentration von Aufgaben an dem Amtsgericht am Sitz der StA vorsieht. Die Befragung von Richterräten an betroffenen Gerichten ergab jedoch eine erhebliche Mehrbelastung, insbesondere auch für die Serviceeinheiten.

Zum Abschluss der Veranstaltung informierte der HRR über den **aktuellen Stand von Vorhaben** des Justizministeriums. Hierzu zählen durchaus nützliche Vorhaben, wie die flächendeckende Einführung digitaler Diktiergeräte. Bei den meisten Projekten drängte sich dem Zuhörer aber der Eindruck auf, dass immer mehr Personal dazu eingesetzt werden soll, Daten zu sammeln und zu verwalten, ohne dass der Nutzen solcher Maßnahmen erkennbar wird. Da hierbei allzu oft der Datenschutz zu kurz kommt und Missbrauchsmöglichkeiten bestehen, hat der HRR bislang derartigen Experimenten die Zustimmung versagt.

EDV als Zeichen mangelnden Respekts

Warum werden defekte Programme installiert?

Mit der Migration der EDV auf Windows XP stoßen die in der Rechtschreibung tätigen Justizjuristen auf Probleme, die für Empörung sorgen. Das „neue“ Programm ist allerdings ein großer Wurf, denn es soll ab 2010 von Microsoft nicht mehr mit Aktualisierungen („Updates“) versorgt werden, so alt ist das.

Dass die Justizverwaltung die Justizjuristen nicht wirklich schätzt, wird an den neuen Problemen exemplarisch deutlich.

Die InsO-Richter nutzen seit Langem TSJ, und nach der Migration des Betriebssystems Anfang Mai 2009 stürzt TSJ nach jedem Schreibauftrag ab. Kommentar des BIT: „Wussten wir, das ist seit Monaten so! Neeee. Machen können wir da nix; liegt schon bei der Verfahrenspflegestelle ...“

Ähnlich geht es Vormundschaftsrichtern mit dem neuen BetreuTex. Beispiel: Wird dort ein im Programm vorgegebenes Feld zum rechtlichen Betreuer und seiner Beziehung zum Betroffenen aktiviert („als Ehemann“ oder „als Berufsbetreuer“ usw., recht wichtig), hängt sich das Programm auf. Dazu werden Schreibaufträge nicht gespeichert, Textbausteine müssen nicht einmal, sondern bis zu achtmal eingepflegt werden, die Bearbeitung über Textverarbeitung wird erschwert, und und und ...

Originalantwort von Mitte Mai 2009:

Es ist sehr bedauerlich, dass die neue BetreuTex-Version bei Ihnen so unbefriedigend läuft. Die Version 144 läuft zweifelsfrei nicht fehlerlos, aber ... Mit dem Betreuungsverbund wurde Rücksprache gehalten. Dieser wird sich mit Ihnen in Verbindung setzen und Ihnen die Update-Version 194 zur Verfügung stellen.

Leider ist auch die Version 194 nicht fehlerfrei, sodass es im Sommer eine stark verbesserte Version geben wird.

Die Probleme der StA bei ACUSTA sind auch nicht geringer. Es fängt schon mit der schneckenartigen Geschwindigkeit des Programms an, sodass man mehr Zeit mit der Sanduhr als mit der „richtigen“ Arbeit verbringt. Hinzu kommt, dass aufgrund des Personalmangels die Daten regelmäßig mangelhaft erfasst sind. Die starre Vernetzung mit MESTA verhindert bspw. Wiederaufnahmen oder Einstellungen gegen Auflagen, weil der Datenbestand einer Verfügung angepasst werden muss, welche das Verfahren in seinem Verlauf ändert. Theoretisch Geschäftstellentätigkeit, faktisch machen es die Entscheider (zumindest alle ohne OBER- im Titel).

Die stärkere Hierarchie bedroht dort Nicht-so-gern-Verwender der EDV vielleicht noch stärker als bei der Richterschaft, aber theoretisch ist die Verwendung freigestellt. Wie bei den Richtern.

Es ist nicht verständlich, dass sehenden Auges funktionierende Software gelöscht und durch bekanntermaßen defekte ersetzt wird. Die mangelhaften Produkte reifen beim Anwender, auf Kosten der Nerven, der inhaltlichen Arbeit und der Rechtssuchenden.

Wer seine Mitarbeiter schätzt, der macht so etwas nicht. Auch nicht, um weiter möglichst viele Justizbedienstete freizusetzen und so Geld zu sparen. Wie schrieb die Justizministerin am 8. April 2009 dem DRB-NRW:

Ich stimme Ihnen auch in der abschließenden Bemerkung des o.g. Berichtes zu, „das die Verwendung eines Richters als Schreibkraft der Ressource Richter nicht entspricht“. Auch das ist für mich eine Selbstverständlichkeit.

Also bitte!

Westfälisches KINDERDORF

Ihre Bußgeldzuweisung ...



... gibt misshandelten und vernachlässigten jungen Menschen eine neue Heimat!

Sie hilft über 300 Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu einer neuen Heimat in Kinderdorffamilien und Wohngruppen. Sie trägt dazu bei, dass wir auch in Zukunft die richtigen Antworten auf die Notlagen junger Menschen geben können.

Ihre Bußgeldzuweisung

- sichert den hohen Standard unserer Hilfen und ermöglicht es, unsere Betreuungsangebote weiter an die Bedürfnisse benachteiligter junger Menschen anzupassen;
- trägt dazu bei, unsere Einrichtungen zu erhalten, zu renovieren oder auszubauen;
- macht die Finanzierung besonderer Therapien und Förderungen, Ferienveranstaltungen und Freizeitangebote erst möglich.

Seit mehr als 40 Jahren bieten wir den Gerichten jede notwendige Sicherheit: Bearbeitung Ihrer Bußgeldzuweisung durch geschulte und erfahrene Mitarbeiterinnen; Zahlungsbestätigung, Kontoauszüge, Hinweise auf säumige Zahler etc. senden wir Ihnen tagesaktuell und unaufgefordert zu. Und selbstverständlich stellen wir für Geldbußen keine Spendenquittungen aus.

Für den verantwortungsvollen Umgang mit den anvertrauten Geldern bürgt auch das Spendensiegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI).

Gern senden wir Ihnen weitere Infos zu und stellen Ihnen zur Arbeitserleichterung vorbereitete Adressaufkleber zur Verfügung.

Westfälisches Kinderdorf e.V.

Haterbusch 32, 33102 Paderborn

Telefon: 052 51 | 89 71 - 0

Fax: 052 51 | 89 71 - 20

E-Mail: info@wekido.de

Web: www.wekido.de

Bußgeldkonto:

Sparkasse Paderborn (BLZ 472 501 01) Konto-Nr. 117

wekido.de



Presseerklärungen vom 3. und 10. 7. 2009

Zur Entlassung eines Tatverdächtigen aus der Untersuchungshaft

Der Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW hat Verständnis dafür, dass sich Unmut darüber verbreitet, dass ein mittlerweile angeklagter Beschuldigter nach neun Monaten Untersuchungshaft entlassen wird. Andererseits ist festzuhalten, dass nach den in einem Rechtsstaat geltenden Vorschriften U-Haft unabhängig vom Tatvorwurf nur bei besonderer Beschleunigung des Verfahrens rechtmäßig ist.

Diese besondere Beschleunigung ist unabhängig vom Einzelfall, der hier nicht kommentiert wird, generell nur dann möglich, wenn die Justiz über das dazu erforderliche Personal verfügt. Der Bund der Richter und Staatsanwälte mahnt seit Jahren immer wieder an, dass in NRW nicht nur gut 500 Richter, sondern auch über 200 Staatsanwälte fehlen. Der seit über

10 Jahren betriebene Stellenabbau muss rückgängig gemacht werden. Die Schaffung von 90 neuen Stellen, die die Justizministerin vor Kurzem angekündigt hat, von denen 32 auf die Staatsanwaltschaften entfallen, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Die seit Jahren gefahrene Dauerüberlast von 130% und mehr wird dadurch allein aber noch lange nicht beseitigt.

Der Vorsitzende des Bundes der Richter und Staatsanwälte in NRW Reiner Lindemann: „Den Einzelfall kann der Verband nicht kommentieren. Wenn die Politik die Staatsanwälte und Richter des Landes aber weiterhin unter Dauerüberbelastung arbeiten lässt, muss sie zur Kenntnis nehmen und den Bürgern erklären, dass dann folgenreiche Fehler wesentlich wahrscheinli-

cher werden. Gerade wegen dieser Situation sind wir sowohl 2006 als auch 2007 auf die Straße gegangen. Wir haben im Oktober 2007 die größte Demonstration von Richtern und Staatsanwälten in Düsseldorf wegen Stellenabbau und mangelhafter Besoldung erlebt, doch die verantwortlichen Politiker, insbesondere Finanzpolitiker, sehen nach wie vor die Notwendigkeit der Aufstockung von Personal nicht ein.

Die Justizministerin hat angekündigt, den Vorgang untersuchen zu lassen. Es wird immer Fehler von Einzelnen geben. Sollte sich aber bewahrheiten, dass eine Überlastung oder Unterbesetzung an der jetzt entstandenen Situation mitgewirkt hat, werden wir alles tun, um diesen Zusammenhang weiter herauszustellen und ein ‚Bauernopfer‘ zu verhindern.“

Unverständnis über Ablösung des Leiters der StA Mönchengladbach

Der Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW hat kein Verständnis für die Reaktion der Justizministerin auf die in der jüngsten Vergangenheit bekannt gewordenen so genannten Justizpannen. Die verschiedenen Fälle treffen nicht in erster Linie die StA Mönchengladbach, vielmehr enthalten die maßgeblichen die Haftbefehle betreffenden Beschlüsse des Oberlandesgerichts und des Bundesverfassungsgerichts Hinweise auf Verzögerungen auch bei anderen Justizstellen.

Der Bund der Richter und Staatsanwälte wiederholt nochmals ausdrücklich, dass die personelle Unterbesetzung der Justiz in NRW das Hauptproblem bei deren Struktur ist. Seit Jahren hat sich nichts daran geändert, dass 500 Richter und 200 Staatsanwälte fehlen. Logisch ist, dass bei solcher ständiger Überlastung (117 % bei den Rich-

tern, 130 % bei den Staatsanwälten, gemessen an den zu bewältigenden Arbeitsaufgaben) die Wahrscheinlichkeit des Eintritts von Fehlern – auch Fehlern Einzelner – viel größer ist als bei einer Personalbedarfsdeckung von 100 %.

Auch die StA Mönchengladbach liegt insoweit durchaus im Landesschnitt.

Der Vorsitzende des Bundes der Richter und Staatsanwälte in NRW, Reiner Lindemann, hierzu: „Die bisher bekannt gewordenen Einzelfälle geben weiter Anlass, die Politik dringend dazu aufzurufen, die Staatsanwälte und Richter des Landes nicht länger unter Dauerüberlastung arbeiten zu lassen. Justizministerium und Finanzministerium müssen diese Missstände umgehend gemeinsam abstellen. Die verantwortlichen Haushaltspolitiker im Landtag müssen

einsehen, dass der funktionierende Rechtsstaat mehr Geld kostet, als sie bisher zu geben bereit sind. Die Justiz ist eine der wichtigsten Grundfesten eines solchen Rechtsstaats.

Der Hinweis aus einer Regierungsfraktion, dass die Eingänge bei der StA Mönchengladbach um 20 % abgenommen hätten, verzerrt die Verhältnisse vor Ort. Es fehlt zum einen der Vergleichsfaktor, zum anderen müsste auf den in jüngster Zeit zu verzeichnen gewesenen Anstieg durch so genannte Massenverfahren hingewiesen werden, ferner fehlt jeder Hinweis auf die erheblichen Bestandszahlen, die sich durch jahrelange Überlastung – bei nahezu allen Justizbereichen – angesammelt haben. Es besteht der Verdacht, dass Ursache und Wirkung verkannt werden.“

Justizministerin Müller-Piepenkötter:

„Verbände und SPD betreiben unverantwortliche Interessen- und Parteipolitik“

Zu Äußerungen über angeblich fehlendes Personal in der Justiz in NRW erklärt Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter:

„Es ist unverantwortlich, dass Verbände und SPD-Opposition im Landtag die Sorgen der Menschen für ihre durchsichtige Inter-

essen- und Parteipolitik missbrauchen. Damit riskieren sie, dass das berechtigte Vertrauen in den Rechtsstaat verloren geht.

Der Versuch, einen Zusammenhang zwischen Haftbefehlsaufhebungen und angeblich fehlendem Personal zu konstruieren, entbehrt jeder Grundlage. Wir haben heute den höchsten Stellenbestand der letzten zehn Jahre bei den Richtern der Ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwälten. Wir haben 73 Richter und Staatsanwälte mehr als Ende 2005! Daran ändern auch die aus dem Zusammenhang gerissenen Zahlenspiele der Verbände und der SPD-Opposition nichts.

Die Haftsachen machen bei den Staatsanwaltschaften weniger als ein Prozent der Eingänge in Strafsachen aus. Hier darf es zu keiner Verzögerung kommen! Der Verweis auf einen angeblichen Personalmangel ist in diesem Zusammenhang eine bewusste Irreführung der Bürger.

Die SPD-Opposition operiert mit augenscheinlich falschen Zahlen, wenn sie glau-

ben machen will, die Landesregierung baue in diesem Jahr 348 Stellen in der Ordentlichen Gerichtsbarkeit und bei den Staatsanwaltschaften ab. Tatsache ist, dass seit Antritt dieser Landesregierung der von der Vorgängerregierung geplante Stellenabbau im richter- und staatsanwaltschaftlichen Dienst nicht nur – wie versprochen – gestoppt worden ist, sondern die Personalkapazitäten sogar noch um die 73 Stellen erhöht worden sind.“

Die Ministerin weiter: „Ich will nicht verschweigen, dass bei den ordentlichen Gerichten und Staatsanwaltschaften im gehobenen und mittleren Dienst in diesem Jahr rund 200 Stellen eingespart werden. Dies ist zu einem großen Teil die Hinterlassenschaft von Rot-Grün!

- Der Abbau von 100 Stellen ist bereits von der alten Landesregierung vor 2005 beschlossen worden (so genannte kw-Vermerke).

- 100 weitere Stellen mussten wir – wie auch andere Ressorts – aus Gründen der Haushaltskonsolidierung abbauen.

Wir haben diesen Stellenabbau durch organisatorische und technische Maßnahmen aufgefangen. Die Justiz in NRW steht heute deutlich besser da als in der letzten Legislaturperiode unter Rot-Grün!“
(Justiz Online vom 10. 7. 2009)

In der Justiz läuft einiges schief

Justizpannen: Staatsanwalt versetzt

Einspruch, Frau Ministerin!

Selbst nach Ihrer eigenen Statistik sind Staatsanwälte (wie natürlich auch Richter) nach wie vor mit weit über 100 % belastet. Auch Statistikkosmetik hat daran nichts Grundlegendes geändert. So will jetzt die Pensenkommision der Jumiko gemäß Protokoll vom 16.–18. 6. 2009 z.B. jene lächerlichen 8 Minuten für komplizierte Urheberrechtsverfahren, für die diese Bearbeitungszeit durch keinerlei empirische Erkenntnisse untermauert ist, auf weitere Bereiche ausdehnen und so noch viel mehr ehrliche Arbeit statistisch wegrechnen.

Aus diesem Grund sind die Belastungszahlen aus verschiedenen Jahren zwar kaum vergleichbar, dennoch weisen sie alle eine jahrelange Überlastung aus.

Entscheidend kommt hinzu, dass Defizite im nachgeordneten Bereich die Arbeit von Richtern und Staatsanwälten nicht nur behindern, sondern sogar ins Leere laufen lassen können. Sie bestreiten in Ihrer Presseerklärung vom 10. 7. 2009 nicht, dass in diesem Bereich noch weitere 200 Stellen gestrichen werden sollen; und das, obwohl der Unterbau bereits jetzt ächzt und stöhnt. Der Hinweis auf Versäumnisse der alten Landesregierung zieht gegen Ende der jetzigen Legislaturperiode nicht mehr. Die Rüttgers-Regierung wäre ja durch nichts gehindert gewesen, falsche Entscheidungen Ihrer Vorgängerin zu korrigieren. Statt dessen legt sie auf die 100 geerbten kw-Vermerke noch weitere 100 drauf.

Jeder Politiker, der in der Landesregierung die Entscheidung fällt oder sie auch nur trägt, unter dem Stichwort „Haushaltskonsolidierung“ die Mittel für die Justiz unter das notwendige Maß herunterzufahren, muss auch bereit sein, sich vor die Presse zu stellen und dem Bürger zu erklären, dass Entlassungen auch von gefährlichen Tatverdächtigen angesichts der öffentlichen Finanzen unvermeidbar sind und personalaufwändige Ermittlungsverfahren nicht mehr geführt werden können; er muss dem Bürger nahe bringen, dass es Folge der Haushaltspolitik und kein Schlendrian ist, wenn Straftäter nicht mehr oder nicht mehr zeitnah belangt werden. Diese Courage zu besitzen, muss man von Ministern und gewählten Abgeordneten erwarten!



Presseerklärung vom 16. Juli 2009

Gemeinsame Presseerklärung des Bundes der Richter und Staatsanwälte in NRW, der DJG Deutschen Justiz-Gewerkschaft und der Gewerkschaft ver.di

Zur „unverantwortlichen Verbandspolitik“

In allen Dienstzweigen bei der Justiz herrscht Unmut über die Äußerung der Ministerin, dass „sie es nicht hinnehmen könne, dass Schlendrian oder Fehlverhalten in die Justizbehörden Einzug hielten.“, so Zitat WDR.de am 9. 7. 2009. Eine solche Äußerung ist durch nichts gerechtfertigt.

Gemeinsam stellen der Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW, die DJG Deutsche Justiz-Gewerkschaft und die Gewerkschaft ver.di klar, dass die Beschäftigten der Justiz nicht nur tagtäglich ihre Pflicht tun, sondern seit Jahren in vielen Bereichen überlastet sind (115 – 130 %). Wir, auch die jetzige Justizministerin als damalige Richterbundsvorsitzende, haben regelmäßig auf dieses Problem hingewiesen und vor den Folgen gewarnt. Damit missbrauchen wir nicht die Sorgen der Menschen für „durchsichtige Interessenpolitik“ und riskieren keinesfalls, dass das berechnete Vertrauen in den Rechtsstaat verloren geht.

Im Gegenteil: Wir nehmen die Sorgen der Menschen ernst und kämpfen für einen guten, funktionierenden Rechtsstaat.

Fakt ist, dass in allen Dienstzweigen Personal fehlt, um die anfallenden Arbeitsaufgaben dauerhaft sachgerecht erledigen zu können. Die Berufung der Verbände auf die mit dem System „PEBB\$Y“ ermittelten Arbeitsaufgaben ist eine Berufung auf amtliche Zahlen. Den Nachweis der Überlastung hat das Justizministerium selbst geführt, indem es die geleistete Arbeit durch ein unabhängiges Wirtschaftsberatungsunternehmen hat prüfen lassen.

Die Richter, Staatsanwälte, Beamten und Beschäftigten in der Justiz erwarten von der Ministerin, dass sie dies in einer öffentlichen Erklärung klar stellt. Die strukturellen Mängel sind von der Politik zu verantworten und können nur von ihr behoben werden. Disziplinarische Maßnahmen gegen Einzelne oder gar Äußerungen über den Einzug von angeblichem Schlendrian sind zur Problemlösung ungeeignet. Durch sol-

che Äußerungen wird die Leistungsbereitschaft der in der Justiz Tätigen untergraben.

Selbstverständlich gibt es einen Zusammenhang zwischen der Überlastung der Justiz und auftretenden Fehlern. Jede Form dauerhafter Überlastung führt zu Schäden. Jeder Autofahrer, der ständig im roten Drehzahlbereich fährt, weiß, dass er den Motor seines Wagens auf diese Weise kurzfristig

Glosse

Justiz innovativ: Wir machen eine „Schlendrian-StA“

In diesen Tagen ist die sogenannte „Bad-Bank“ in aller Munde. Bundestag und Bundesrat haben es noch vor der Sommerpause geschafft, das insoweit Erforderliche zu veranlassen.

Auch das JM NW ist auf diesen Zug aufgesprungen. Wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen verlautet, trägt sich die Justizministerin mit dem Gedanken, in Anlehnung an die „Bad-Bank“ eine „Schlendrian-StA“ zu gründen.

Vor diesem Hintergrund ist die Abordnung des bisherigen LOStA in Mönchengladbach in einem neuen Licht zu sehen: Soll er in den nächsten drei Monaten im Ministerium intensiv geschult und in die Erfordernisse eingewiesen werden, um in die Lage versetzt zu werden, die verantwortungsvolle Aufgabe als Leiter dieser „Schlendrian-StA“ zu übernehmen? Wie es heißt, soll es auch im JM bereits geeignete Personen geben, die aufgrund eigenen Fachwissens für eine entsprechende Übergangszeit dem künftigen „Schlendrian-LOStA“ zur Verfügung stehen.

Unmittelbar nach Gründung der „Schlendrian-StA“ sollen alle toxischen Akten, insbesondere Haftsachen, von dieser neuen Behörde übernommen werden. Auch alle

ruiniert. Schon Henry Ford war vor knapp einhundert Jahren klar, dass mit der Geschwindigkeit des Fließbandes auch die Fehlerquote steigt.

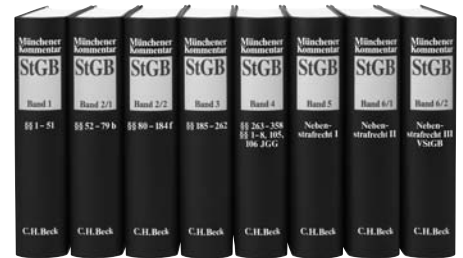
Wir erwarten, dass sich die Ministerin vor die Justiz stellt, in allen Bereichen Unterstützung zusagt und mit uns gemeinsam den verantwortlichen Haushaltspolitikern gegenübertritt.

„dicken Sachen“, die in den Dezernaten der 19 Staatsanwaltschaften in NRW infolge totaler Überlastung herumdümpeln, sollen von der „Schlendrian-StA“ bis in die Verjährung hinein verwaltet werden. Hinzu kommen alle Verfahren, in denen die Auswertungszeit bei der Polizei überdurchschnittlich lang ist (Wirtschaftssachen; Verfahren wegen Kinderpornographie, sonstige Computerkriminalität). Schließlich erhält diese neue StA auch die aktuell beste IT-Ausstattung. So wird ACUSTA künftig ausschließlich von der Schlendrian-StA genutzt werden. Schon jetzt ist diese Software nämlich in der Lage, sich ohne Schwierigkeiten in die „Schlendrian-Umgebung“ einzugliedern. Ein Update wird nicht erforderlich sein.

Im Ergebnis haben wir 19 „besenreine“ Staatsanwaltschaften, die ohne die Altlasten einen Neustart auf der Grundlage der 100%-Auslastung nach Pebb\$y machen können. Die Überbelastung von 30% wäre mit einem (Befreiungs-)Schlag vom Tisch. Sollte sich dieses Modell empfehlen, so könnte es auch auf andere (gerichtliche) Bereiche ausgedehnt werden, so verlautet es intern aus dem Ministerium.

Da sage noch einer, die Justiz wäre nicht innovativ.

Die große Lösung für Strafverteidiger, Richter und Staatsanwälte



Fax-Coupon

Münchener Kommentar zum StGB

1. Auflage. Alle Bände in Leinen.

- Expl. 978-3-406-48831-3 **Gesamtwerk**
Rund 11.500 Seiten. In 6 Leinenbänden ca. € 1600,—
- Expl. 978-3-406-48825-2 **Band 1: §§ 1–51**
2003. XXXIV, 1724 Seiten. € 198,—/€ 178,—*
- Expl. 978-3-406-48826-9 **Band 2/1: §§ 52–79b**
2005. XL, 917 Seiten. € 168,—/€ 148,—*
- Expl. 978-3-406-53237-5 **Band 2/2: §§ 80–184f**
2005. XLII, 1434 Seiten. € 238,—/€ 218,—*
- Expl. 978-3-406-48827-6 **Band 3: §§ 185–262**
2003. XXXVIII, 1385 Seiten. € 198,—/€ 178,—*
- Expl. 978-3-406-48828-3 **Band 4: §§ 263–358 StGB, §§ 1–8, 105, 106 JGG**
2006. XXXVII, 2329 Seiten. € 278,—/€ 258,—*
- Expl. 978-3-406-48829-0 **Band 5: Nebenstrafrecht I**
2007. XXVIII, 2276 Seiten. € 285,—/€ 265,—*
- Expl. 978-3-406-55056-0 **Band 6/2: Nebenstrafrecht III, Völkerstrafgesetzbuch**
2009. XXII, 810 Seiten. € 168,—/€ 148,—*

☐ Kostenlose Leseprobe

* Vorzugspreis bei Gesamtanbahnung aller Bände.

In Vorbereitung:

Band 6/1: Nebenstrafrecht II
(In Vorbereitung für Herbst 2009)

Name _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____

155374

Bei schriftlicher oder telefonischer Bestellung haben Sie das Recht, Ihre Bestellung innerhalb von 2 Wochen nach Absendung ohne Begründung in Textform (z.B. Brief, Fax, Email) zu widerrufen. Die rechtzeitige Absendung des Widerrufs innerhalb dieser Frist genügt. Die Frist beginnt nicht vor Erhalt dieser Belehrung. Der Widerruf ist zu richten an den Lieferanten (Buchhändler, beck-shop.de oder Verlag C.H. Beck, c/o Nördlinger Verlagsauslieferung, Augsburg Str. 67a, 86720 Nördlingen). Im Falle eines Widerrufs sind bereits empfangene Leistungen zurückzugewähren. Kosten und Gefahr der Rücksendung trägt der Lieferant. Zu denselben Bedingungen haben Sie auch ein Rückgaberecht für die Erstlieferung innerhalb von 14 Tagen seit Erhalt.
Ihr Verlag C.H. Beck oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München.

Bestellen Sie bei Ihrem Buchhändler oder bei:
beck-shop.de oder Verlag C.H. Beck · 80791 München
Fax: 089/38189-402 · www.beck.de

Der Großkommentar

- erläutert das gesamte StGB (Band 1 bis 4) und in der Praxis wichtige Teile des Nebenstrafrechts (Band 5 und 6/1) sowie das auslandsrelevante Strafrecht und das Völkerstrafgesetzbuch – VStGB (Band 6/2)
- fasst wissenschaftliche Meinungen prägnant zusammen und wertet die neueste Rechtsprechung und Literatur aus
- bietet realitätsgerechte Lösungsvorschläge an.

Band 6/2

enthält eine fundierte Kommentierung zu den strafrechtlichen Normen des **AufenthG**, des **FreizügigkeitsG** und des **AsylverfahrensG**.

Ferner beinhaltet der Band die **erste Großkommentierung zum Völkerstrafgesetzbuch**.

Auch das **WehrstrafG** sowie das EinführungsG dazu sind behandelt.



Beitrittserklärung

Ich erkläre meinen Beitritt zum Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen e.V.
als Landesverband des Deutschen Richterbundes

zur Bezirksgruppe _____, mit Wirkung vom _____

Name: _____ Vorname: _____ geb.: _____

Amtsbezeichnung: _____ Dienstort: _____

Richter/Richterin auf Probe bitte Einstellungsdatum angeben: _____

Privatanschrift:

(PLZ, Ort) (Straße)

(E-Mail-Adresse)

Der Mitgliedsbeitrag beträgt für aktive Richter und Staatsanwälte jährlich 167,20 € zzgl. eines geringen Zuschlags für die örtliche Bezirksgruppe.
Hierin enthalten ist das Abonnement der Deutschen Richterzeitung zum Vorzugspreis von derzeit 38,00 € plus 9,20 € Versandkosten.

☐ Ich möchte die Deutsche Richterzeitung nicht beziehen

_____, den _____
(Unterschrift)

In die Übermittlung meiner Anschrift an den Bundesverband zum Zwecke der Erfassung aller Mitglieder des Deutschen Richterbundes durch den Bundesverband willige ich in entsprechender Anwendung von § 4 a Abs. 3 i.V. § 3 Abs. 9 BDSG ein.

(Unterschrift)

Einzugsermächtigung

Name: _____ Vorname: _____

Ort: _____ Straße: _____

Ich ermächtige den Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen, meinen Mitgliedsbeitrag von folgendem Konto bis auf Widerruf abzubuchen:

(Konto-Nr.) (Name des Instituts)

(Name des Kontoinhabers) (Bankleitzahl)

Wenn mein/unser Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

(Ort, Datum) (Unterschrift)

StA-Kommission**Die Staatsanwalts-Kommission stellt sich vor**

Die StA-Kommission ist eine landesweite Arbeitsgruppe des DRB, die im Wirken und Bewußtsein des Landesverbandes die besondere Bedeutung der Staatsanwälte und der Strafrechtspflege zum Ausdruck bringen soll. Mitglied in der StAKom kann grundsätzlich jeder Staatsanwalt/jede Staatsanwältin werden, die auch dem DRB angehört. Wir beschäftigen uns mit aktuellen Fragen, beispielsweise der zunehmenden Dauer der Erledigung der Untersuchungsaufträge in BtM-, IT- oder DNA-Verfahren. Aber auch grundsätzliche Fragen werden erörtert, zuletzt das Positionspapier zum Strafrecht und Strafprozeßrecht unter dem Leitthema „Effiziente Strafrechtspflege in Zeiten knapper finanzieller Ressourcen“. Daneben werden auch berufsrechtliche Fragen angesprochen und insbesondere immer wieder die Forderung nach einem Staatsanwaltsrat vor Ort erhoben. Schließlich kommt der StAKom ein Vorschlagsrecht für die HPR-Vertretung gegenüber dem Landesvorstand des DRB-NRW zu.

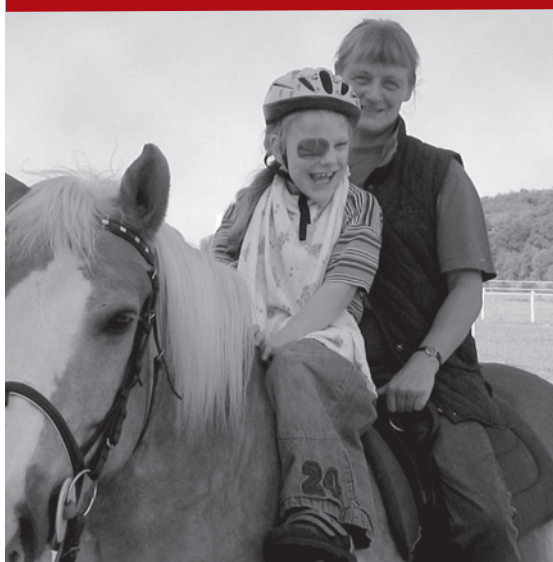
Die StAKom tagt vier Mal im Jahr, davon zwei Mal außerhalb von Duisburg. Die Termine finden Sie unter www.drb-nrw.de. Wer Interesse hat, teilzunehmen, der mag sich melden bei dem Vorsitzenden der StA-Kom, Staatsanwalt Jochen Hartmann.

Die Mitglieder der Staatsanwaltskommission

Leiter der Kommission
StA Jochen Hartmann,
Jhg. 1958, StA Duisburg,



StA Andreas Bachmann, Jhg. 1965, StA Bochum,	OStAin Angelika Matthiesen, Jhg. 1957, StA Essen,
OStA Markus Caspers, Jhg. 1961, StA Düsseldorf,	StA Uwe Schröder, Jhg. 1958, StA Wuppertal,
stVLOStA Dr. Gisela Gold-Pfuhl, Jhg. 1948, StA Duisburg,	StA Bernhard Schubert, Jhg. 1957, StA Aachen,
StA Jens Hartung, Jhg. 1976, StA Duisburg,	OStA Johannes Schüler, Jhg. 1952, StA Köln,
StA Dr. Michael Hermesmann, Jhg. 1971, StA Bonn,	StA Axel Stahl, Jhg. 1962, GStA Düsseldorf,
OStAin Leonie Kaufmann-Fund, Jhg. 1946, StA Köln	OStA Ludger Thiemann, Jhg. 1955, GStA Hamm,
StAin Stefanie Koch, Jhg. 1963, StA Bochum,	StA Arndt Wolfram, Jhg. 1967, StA Krefeld.



volmarstein
die evangelische Stiftung

So helfen Sie mit Buß- und Strafgeldern

Mit der Zuweisung von Buß- u. Strafgeldern ermöglichen Sie zusätzliche pädagogische, therapeutische und pflegerische Aufgaben in der Behinderten- und Altenhilfe, wie z.B. das Therapeutische Reiten.

Die Evangelische Stiftung Volmarstein betreut ambulant, teilstationär und stationär körperbehinderte, pflegebedürftige und alte Menschen.

Sie ist Träger von Wohn- und Pflegeheimen, Ambulanten Diensten, Schulen und Werkstätten, bietet Berufsausbildung, eine Orthopädische Fachklinik und ist in der Forschung tätig.

Gerne senden wir Ihnen Informationen, teilausgefüllte Zahlscheine und Adressaufkleber zu.

**Hartmannstraße 24 · 58300 Wetter (Ruhr) · Telefon (0 23 35) 639-0
Fax (0 23 35) 639-109/119 · E-Mail: vorstand@esv.de · <http://www.esv.de>**

**Spendenkonto: KD-Bank eG
BLZ 350 601 90 · Konto-Nr. 2 101 599 054**

Aus den Bezirken

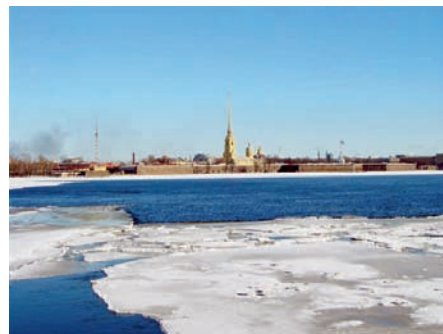
Fortbildungsreise nach St. Petersburg

Die **Bezirksgruppe Bochum** organisierte für Mitte März 2009 eine Fahrt nach St. Petersburg, für 30 Kolleginnen und Kollegen. Wie zu erwarten war es sehr kalt und anfangs begrüßte auch Schnee und Schneeregen die mutige Gruppe, die am letzten Tag durch einen tiefblauen Himmel und strahlende Sonne einen völlig neuen Eindruck gewann. Vor allem aber fehlten die lästigen Touristenscharen, die ab Frühjahr Besichtigungen oft sehr schwierig machen. So konnten wir – fast allein – z. B. die Eremitage, das größte Museum der Welt, mit seinen riesigen Prachtsälen und endlosen Gängen auf uns wirken lassen.

Neben zahlreichen, beeindruckenden Besichtigungsobjekten war auch das Pflichtprogramm äußerst interessant. Denn widersprüchlicher konnten Eindrücke der Besuche bei der Menschenrechtsorganisation Memorial und am Folgetag beim Justizministerium nicht sein.

Der deutsche Generalkonsul nahm sich schließlich persönlich viel Zeit, um uns über Land und Leute mit kompetenter Analyse zu informieren.

Auch der günstige Preis von ca. 500 Euro für vier Tage (Flug, ÜF, Führungen) und das zentral gelegene Viersternehotel Petro Palace



bewirkten, dass alle die Reise für sehr gelungen hielten.

Paul Kimmeskamp

Wir gratulieren zum Geburtstag: September/Oktober 2009

zum 60. Geburtstag

- 10. 9. Aloys Horsthemke
- 11. 9. Dr. Einhard Franke
- 20. 9. Karl Oppenkamp
- 26. 9. Harald Jäger
- 27. 9. Peter Ortlieb
- Klaus Röttgers
- 28. 9. Dr. Hans-Joachim Mätzke
- 29. 9. Rainer Hummert
- 5.10. Alexa Dörkes
- 11.10. Ulrich Harbort
- 13.10. Margarete Bergmann
- 25.10. Rolf Schrader

zum 65. Geburtstag

- 5. 9. Peter Asbeck
- 7. 9. Johannes Nüsse
- 9. 9. Ottfried Kaletsch
- Klaus Rupprecht
- Dr. Dieter Schlafen
- 10. 9. Joachim Sonnenschein
- 14. 9. Dr. Wolfgang Krückels
- 24. 9. Uwe Rüter
- 25. 9. Gerd Reuter
- 30. 9. Lutz Geffroy
- 3.10. Claus Rudolf Grünhoff
- 20.10. Peter Anders
- Bruno Kinz
- 24.10. Werner Hochstein
- Wolfgang Specht
- 25.10. Otto Notemann

zum 70. Geburtstag

- 2. 9. Dr. Dieter Voss
- 8. 9. Robert Ehl

- 25. 9. Margret Kluge
- 3.10. Hubert Peuker
- 4.10. Dr. Walter Pastor
- 5.10. Franz Midderhoff
- 11.10. Anna-Marie Urban
- 12.10. Hartmut Urban
- 13.10. Marianne Globke
- Adelheid Voelkel-Riemer
- 14.10. Rosmarie Klier
- Manfred Burger Wittke
- 17.10. Jürgen Jürgens
- 22.10. Berthold Busse
- 26.10. Udo Wohlgemuth
- 30.10. Wolfgang Reinicke

zum 75. Geburtstag

- 12. 9. Josef Wewers
- 15. 9. Dr. Hildegard Hartisch
- 19. 9. Dr. Heinrich Schemmann
- 6.10. Josef Wedeking
- 8.10. Otto Hagemann
- 14.10. Dr. Werner Güldner
- 17.10. Dietrich Ott
- 23.10. Dr. Siegfried Maser
- 29.10. Gottfried Werneburg
- 31.10. Heinrich Brinkmann

und ganz besonders

- 1. 9. Leonhard Klimiot (89 J.)
- Dr. Leo Schwab (78 J.)
- 2. 9. Wilhelm Remy (78 J.)
- 4. 9. Alexander Decking (85 J.)
- Eleonore Menzel (82 J.)
- 5. 9. Hans Spaetner (83 J.)
- 6. 9. Dr. Horst Gaebert (76 J.)

- 8. 9. Wilhelm Duellmann (77 J.)
- 12. 9. Paul Tillmanns (76 J.)
- 15. 9. Werner Prestin (82 J.)
- 16. 9. Dr. Heinrich Wiesen (81 J.)
- 17. 9. Guido Kubisch (77 J.)
- 18. 9. Norbert Clouth (81 J.)
- 19. 9. Walter Steffens (90 J.)
- 20. 9. Fritz Wals (83 J.)
- 25. 9. Dietmar Finster (77 J.)
- Dr. Karl Herrmann (88 J.)
- Josef Scheben (77 J.)
- 26. 9. Klaus Arend (76 J.)
- 29. 9. Dr. Franz Koemhoff (76 J.)
- 30. 9. Siegfried Krueger (77 J.)
- Karl-Heinz Peschgens (80 J.)
- 1.10. Dr. Elisabeth Kuhnel (77 J.)
- 4.10. Bruno Hotze (76 J.)
- Dr. Heinz Schetter (76 J.)
- 5.10. Gerhard Koltermann (91 J.)
- 7.10. Dr. Werner Kreuz (84 J.)
- 9.10. Dr. Ulrich Firnhaber (84 J.)
- 12.10. Guntram Lauer (77 J.)
- Heribert Schmitz (80 J.)
- Alois Weiss (77 J.)
- 17.10. Karla Horster (82 J.)
- 18.10. Dr. Martin Birmanns (78 J.)
- 19.10. Dr. Karldieter Schmidt (76 J.)
- 21.10. Dr. Hans Jonas (90 J.)
- 22.10. Dr. Hans-Gerhard Feckler (76 J.)
- 23.10. Armin Maas (88 J.)
- 30.10. Dr. Bruno Bergerfurth (82 J.)
- Rudolf Mengerhausen (83 J.)
- 31.10. Reinhard Olfs (83 J.)

Bezirksgruppe Duisburg 200 +

Das 200. Mitglied der **Bezirksgruppe Duisburg** konnten die Mitglieder des Bezirksvorstandes am Rande einer turnusgemäßen Sitzung herzlich begrüßen. Richterin Antje Hahn, zur Zeit beim LG Duisburg in einer Zivilkammer tätig, hatte sich „getraut“ und war von der Landesgeschäftsstelle als Mitglied Nr. 200 festgestellt worden. Ein bunter Blumenstrauß, den der Vorsitzende Jochen Hartmann überreichte, war der Dank der Bezirksgruppe an die begeisterte Drachenbootpaddlerin, die für die nächsten Drachenbootrennen im Bezirk noch Mitstreiter

für eine DRB-Mannschaft sucht. Der Vorsitzende der Bezirksgruppe wurde daraufhin kraft seines Amtes als erster Mitpaddler gekeilt, obwohl einige Anwesende ihre Zweifel daran hegten, dass gerade dieser Vorsitzende eine machtvollere Verstärkung des zu bildenden Teams darstellen könnte. Jedenfalls zeigte sich die Bezirksgruppe hoch erfreut über die Mitgliederentwicklung in den letzten vier Jahren. Bei ca. 130 Kollegen und Kolleginnen habe man begonnen und vor allem der Einsatz des ehemaligen Landesvorsitzenden Jens Gnisa und die Protestak-



Jochen Hartmann und Antje Hahn

tion im Oktober 2007 habe wesentlich zu diesem Mitgliederzuwachs beigetragen. „Klare Kante zahle sich halt aus“, waren sich die Vorstandsmitglieder schnell einig.

Bericht vom 67. Deutschen Juristentag

Gutes Recht schafft Erwartungssicherheit

Ziel des Juristentages ist die Fortentwicklung des Rechts, indem wissenschaftlich die Notwendigkeit der Änderung der Rechtsordnung untersucht wird, öffentliche Vorschläge für Rechtsänderungen unterbreitet werden und auf vom DJT als solche angesehene Missstände im Recht hingewiesen wird.

Eindringlich betonte Bundespräsident Horst Köhler in Erfurt anlässlich der Eröffnung des DJT am 23. 9. 2008: „**Gutes Recht schafft Erwartungssicherheit**“ und führte u. a. weiter aus: „Es ist ein hohes Ziel, unserem Land wohlgeordnete Freiheit zu sichern und seinen Bürgerinnen und Bürgern eine Rechtsordnung, die Erwartungssicherheit bietet und die dem Tüchtigen Hilfe ist und dem Schwachen Schutz. Danach zu streben ist eine Daueraufgabe, aber utopisch ist das Ziel nicht, sonst hätten ja Sie alle und hätte der Deutsche Juristentag die Hände längst abgetan von dem Werk, der Öffentlichkeit Vorschläge zu unterbreiten für die gute Fortentwicklung der deutschen und der europäischen Rechtsordnung mit all ihren internationalen Bezügen – und Konkurrenten.“

Die Bundesministerin der Justiz Brigitte Zypries sprach anschließend den Juristen aus der Seele: „**Gerechtigkeit braucht eine starke Justiz**“ (Rede-Auszug in RiStA 6/2008, S. 20).

Gut vorbereitet, u. a. durch Gutachten renommierter Juristen sowie Einführungsreferate herausragender Richter, Anwälte, Wissenschaftler und Politiker, befassten sich an den nächsten beiden Tagen etwa 2800 Juristen in sechs Abteilungen mit folgenden Themen:

1. **Zivilrecht** – Unterhalt, Zugewinn, Versorgungsausgleich – Sind unsere familienrechtlichen Ausgleichssysteme noch zeitgemäß?

2. **Arbeits- und Sozialrecht** – Alternde Arbeitswelt – Welche arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen empfehlen sich zur Anpassung der Rechtsstellung und zur Verbesserung der Beschäftigungschancen älterer Arbeitnehmer?

3. **Strafrecht** – Beweiserhebungs- und Beweisverwertungsverbote im Spannungsfeld zwischen den Garantien des Rechtsstaates und der effektiven Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus,

4. **Öffentliches Recht** – Privatisierung öffentlicher Aufgaben – Gestaltungsmöglichkeiten, Grenzen, Regelungsbedarf,

5. **Wirtschaftsrecht** – Empfehlen sich besondere Regeln für börsennotierte und für geschlossene Gesellschaften?

6. **Mediation** – Mediation und weitere Verfahren konsensualer Streitbeilegung – Regelungsbedarf im Verfahrens- und Berufsrecht?

Nach ausführlichen öffentlichen Diskussionen erarbeitete der jeweilige Abteilungs-

vorstand Beschlussvorschläge. Über diese stimmten die Mitglieder des DJT e.V. ab.

Die Beschlüsse bilden die Grundlage für die weitere rechtspolitische Diskussion und haben in der deutschen Rechtsgeschichte stets große Bedeutung erlangt.

Die Schlussveranstaltung am 26. 9. 2008 bildete ein „**Forum Europarecht**“ mit einer Podiumsdiskussion zum Thema: Ein Europäisches Zivilgesetzbuch.

Das Rahmenprogramm bot zahlreiche kulturelle und touristische Attraktionen, u. a. ein Orgelkonzert im Erfurter Dom, Stadtrundfahrten mit der historischen Straßenbahn, Kabarett für Juristen und das Schauspiel Faust I im Deutschen Nationaltheater in Weimar.

DJT 2010 in Berlin

Der nächste (68.) Deutsche Juristentag findet vom 21. – 24. 9. 2010 in Berlin statt. Zur Einstimmung nebenstehend ein Bericht von der 67. Tagung.

Schreiben Sie an die
Redaktion

RiStA
braucht Leserbriefe

rista@drb-nrw.de

Prognoseentscheidungen im Spannungsfeld der Grundrechte

In Zeiten, in denen durch alle Medien mehr oder weniger gut recherchiert und unter mehr oder minder gelungenen Talk-Gast-Konstellationen heftig höchst juristische Themen höchst unjuristisch diskutiert werden, gelingt es zuweilen dem ein oder anderen, gegen die überschwappende emotionale Welle anzureden und all die Themen in dem einen Konfliktpunkt anzubinden, der ihnen zugrunde liegt und der letztlich auch allen derzeit brennenden Problemen zugrunde liegt: Die Begegnung des Rechts auf Freiheit einerseits und des Rechts auf Sicherheit andererseits. Völlig gleich, ob **die Frage der nachträglichen Sicherungsverwahrung bei Sexualstraftätern, der Haftentlassung oder Begnadigung ehemaliger RAF-Terroristen, der Prüfung der Weiterführung diplomatischer Bemühungen um die Freilassung im Ausland Inhaftierter, der möglichen Verschleppung Terrorverdächtiger auf bundesdeutschem Boden durch ausländische Dienste zu klären ist*** – letztlich bleibt die Kernfrage der Abgrenzung der persönlichen Freiheit einerseits gegen die Sicherheit der Allgemeinheit andererseits.

Insbesondere im strafrechtlichen Bereich sind immerwährend Sachverhalte aufzuklären und dann einer rechtsstaatlichen Lösung unter genauer Beachtung des genannten Konflikts zuzuführen. Dort sind die Grundrechte des Betroffenen peinlich genau zu beachten und im Rahmen der Ermittlungstätigkeit zu berücksichtigen – gerade weil Grundlage des Rechtsstaats die Verfassung mit den dort formulierten unabdingbaren Rechten ist.

Ganz extrem pointiert ist diese Frage immer dann Gegenstand der strafrechtlichen Erwägungen, wenn im Zuge der anstehenden Entscheidungen mit Prognosen gear-

beitet werden muss: Bei jeder Aussetzung einer Freiheitsstrafe zur Bewährung muss das Gericht sich zuvor mit der Legalprognose befassen, der Rückfallwahrscheinlichkeit. Bei Entscheidungen nach §§ 63, 64 und 66 StGB und deren spätere Folgeentscheidungen werden Sachverständige hinzugezogen (§ 246 a StPO). Diese sollen aus psychiatrischer Sicht die Täterpersönlichkeit erklären und Defizite anhand möglichst genau definierter Diagnosen aufzeigen. Dies soll Staatsanwaltschaft und Gericht die Einordnung in die §§ 20, 21 StGB ermöglichen ebenso wie die anschließend anstehende Prognose hinsichtlich notwendiger Maßregeln. Es gibt dazu vielfältige Rechtsprechung, die auf gewisse Grundfehler, die immer wieder geschehen, hinweist:

Gericht und Staatsanwaltschaft sind zwar hinsichtlich der medizinischen psychiatrischen Sachkunde auf den jeweiligen Sachverständigen angewiesen, dürfen sich indes nicht hinter ihm verstecken. Nicht der Sachverständige trifft die Entscheidung oder die Prognose, vielmehr ist seine Arbeit Hilfsmittel zur Prognoseentscheidung des Gerichts, das diese richtig einzusetzen wissen muss. Dazu muss das Gericht zunächst stets die Qualität des erbrachten Gutachtens prüfen, was ihm anhand einiger formaler Kriterien auch ohne die notwendige psychiatrische Vorbildung möglich ist: Das Gutachten muss Auftraggeber, Fragestellung, Ort, Zeit und Umfang der Untersuchung genau benennen, die erforderliche Aufklärung muss dokumentiert sein, die Erkenntnisquellen (Aktenstudium – Strafakten und Krankenakten –, wörtliche Zitate, Darstellungen des Untersuchten, eigene Beobachtung und Untersuchung, Zusatzuntersuchungen) müssen exakt und getrennt dargelegt werden, dabei muss bereits sprachlich eine klare Abgrenzung von möglichen Bewertungen erkennbar sein, gesichertes medizinisches Wissen muss eindeutig von Vermutungen oder subjektiven Einschätzungen des Sachverständigen zu unterscheiden sein. Eigentlich selbstverständlich – aber selten genug der Fall: Das Gutachten muss für einen Nichtmediziner verständlich sein. Auf Nachfragen sollte der Gutachter offen reagieren und die Fragen klären, wobei er nicht ein Fachwort mit fünf neuen Fachwörtern anreichern, sondern den Inhalt dem Fragenden in allgemeinverständlichem Deutsch nahebringen soll. Es hilft keinem der am Prozess Beteiligten, wenn das Gut-

achten psychiatrisch brillant ist, indes niemand das psychische Problem des Angeklagten nachvollziehen kann, ein solches Verständnis dann aber auch nicht Grundlage einer Entscheidung werden kann.

Der BGH hat diese Anforderungen in seiner Entscheidung vom 12. November 2004 (NStZ 2005/205 ff.) konkretisiert und u. a. Einzelheiten moniert wie das Fehlen einer Sexualanamnese und detaillierten Beziehungsanamnese, die rein formale Erfassung der Biographie, bei den Beschreibungen der Explorationsgespräche vielfach abwertende Beschreibungen und Bewertungen der Person und des Verhaltens des Angeklagten, ohne dass dies diagnostisch geboten war, und darüber hinaus schwer verständliche Formulierungen, in denen subjektive Wertungen kaum konkretisiert wurden. Darüber hinaus und darauf basierend hat die Rechtsprechung für verschiedene Fälle weitere Anforderungen klar formuliert:

„Eine Maßregel ist eine besonders beschwerende Maßnahme und ist deshalb nur anzuordnen, wenn eine Wahrscheinlichkeit höheren Grades besteht, dass der Täter infolge seines fortdauernden Zustandes in Zukunft erhebliche rechtswidrige Taten begehen werde. Die Darstellung der bloßen Möglichkeit weiterer erheblicher Straftaten reicht zur Begründung nicht aus, Vermutungen können ebenfalls nicht zur Begründung herangezogen werden. Insbesondere bei relativ geringfügigen Anlasstaten bedarf die Gefährlichkeitsprognose besonderer Prüfung“ (BGH – 14. Juli 2005, NStZ-RR 2005, 303 f.).

„Wahrscheinlichkeit höheren Grades hinsichtlich neuerlicher schwerer Störung des Rechtsfriedens muss mit einer Gesamtwürdigung von Tat und Täter belegt werden, welche die gesamte Persönlichkeit des Angeklagten zum maßgeblichen Zeitpunkt der Hauptverhandlung zu erfassen hat.“ Dementsprechend sind auch länger zurückliegende Ereignisse wie z. B. Vortaten anhand der Vorstrafenakten in die Würdigung der Persönlichkeit einzubeziehen, insbesondere deshalb, weil sie Erkenntnismöglichkeiten bieten zu einem symptomatischen Zusammenhang zwischen dem seelischen Zustand des Angeklagten und seiner etwaigen Gefährlichkeit, vor allem dann, wenn Vortaten in die Betrachtung einbezogen werden können, bei deren Begehung nachweislich keine psychische Beeinträchtigung

**Tue es, das Deine.
Frage nicht nach Dauer.
Geh den Weg Deiner Wahl.
Warte nicht auf Andere.
Tritt die Spur in den Sand,
auch wenn sie verweht.**

**Andreas Kohlschütter
(1935–2009)**

bestanden hat und dementsprechend eine Vergleichsmöglichkeit der Verhaltensweisen und ihrer Ursachen besteht, (BGH – 26. Januar 2006, NSTZ-RR 2006/136f.).

Bei der Anwendung von §§ 20, 21 StGB kann regelmäßig nicht offen bleiben, welche der Eingangsvoraussetzungen des § 20 StGB vorliegt. Gleiches gilt für die Anordnung des § 63 StGB, denn dieser setzt einen länger andauernden psychischen Defektzustand voraus, auf dem die Gefährlichkeit beruht. Selbst bei fließenden Übergängen zwischen den Merkmalen muss das Tatgericht konkrete Feststellungen zu den handlungsleitenden Auswirkungen der Störung zum Zeitpunkt der Tat treffen und unter umfassender Würdigung von Persönlichkeit, Lebensgeschichte, Lebensumständen und Verhalten des Angeklagten und der Anlagentat nachprüfbar darlegen, worin der „Zustand“ des Angeklagten besteht und welche seiner Auswirkungen die Anordnung nach § 63 StGB gebietet.

„Allein die Angabe einer Diagnose mit Klassifizierung nach ICD-10 oder DSM-IV reicht nicht aus. § 246 a StPO verpflichtet das Gericht zur Überwachung und Leitung der Tätigkeit des Sachverständigen.“ (BGH – 12. November 2004 (NSTZ 2005/205 ff.))

Da auch im medizinischen Bereich Interesse an der objektiven Anbindung der Prognoseentscheidung besteht, wird an der Universitätsklinik Essen eine Studie zur Entwicklung eines Fragebogens mit vielfältigen objektivierbaren Kriterien für die Prognoseentscheidung durchgeführt. Denn es gibt nicht nur die Fehlentscheidung, einen möglicherweise gefährlichen Probanden fälschlich zu entlassen und somit einen Rückfall zu ermöglichen, umgekehrt ist auch die Anordnung oder Fortdauer einer Maßregel bei einem nicht (mehr) gefährlichen Täter eine Fehlentscheidung, die allerdings deutlich weniger ins Bewusstsein der Öffentlichkeit dringt, aber erhebliche Auswirkungen auf den Betroffenen und seine Angehörigen hat.

In der Folge der richterlichen Entscheidung kommt es dann aber gerade bei Unterbringungen nach § 63 StGB zu einer ständigen Wiederholung der genannten Probleme:

Zunächst muss der Verurteilte, für den eine Unterbringung nach § 63 StGB angeordnet worden ist, einen Platz im Maßregelvollzug erhalten. Dies ist mitunter sehr schwierig, weil die Plätze rar sind. Entsprechend diesem Mangel an Unterbringungsmöglichkeiten kommt es dann häufig zu sog. „Organisationhaft“ (= Freiheitsentzie-

Fehlleistungen

Was keiner machen sollte

Die Leserinnen und Leser von RiStA haben täglich mit dem geschriebenen Wort zu tun, oft auch nur mit dem Versuch anderer, solche Worte zu erzeugen.

Die nachfolgenden Fehlleistungen sind nicht zur Nachahmung empfohlen, vielleicht auch nur erfunden, aber sie könnten die Laune heben.

Im Namen des Volkes wird die Klage zum Scheitern verurteilt.

Garantiert echt ist ein Dauerbrenner aus Anwaltsschriftsätzen:

Der 30-jährige Beschuldigte hat zwei unterhaltspflichtige Kinder ...

Da müssen schon die armen Kleinen für Papi schuften ...

Aber mal ganz ehrlich – wie staubtrocken wäre der Alltag in der Justiz ohne die klammheimliche Freude an solchen Entgleisungen?

Bitte übersenden Sie uns Fehlleistungen!

Wenn Sie die eine oder andere besondere Formulierung entdecken oder kennen, bitte schicken Sie diese der Redaktion. Wir würden gerne Andere mitschmunzeln lassen.

hung in einer JVA, die gegen einen rechtskräftig Verurteilten bis zu dem Zeitpunkt seiner Überstellung in die zuständige Maßregelvollzugseinrichtung – psychiatrisches Krankenhaus oder Entziehungsanstalt – vorübergehend vollzogen wird, BVerfG NJW 2006/427 ff.).

Unter Berücksichtigung der Art. 2 II 2 und 3, 104 I 1, II 1 GG hat das BVerfG eindeutig festgestellt, dass die Organisationshaft regelmäßig nicht zu einer effektiven Verlängerung der Freiheitsentziehung führt, da die Vollzugszeiten wechselseitig angerechnet werden, aber die unterschiedlichen Zwecke der Maßregel und der Freiheitsstrafe gesetzlichen Ausdruck in der Reihenfolge des Vorwegvollzugs der Maßregel findet. Grundsätzlich ist die Organisationshaft nur dann zulässig, wenn sie die Maßregel vorbereitet, sodass sie gesetzwidrig wird, sobald nicht unverzüglich die Überstellung des Verurteilten in den Maßregelvollzug eingeleitet und herbeigeführt wird – in NRW über die zuständigen Landschaftsverbände. Das BVerfG hat folgerichtig festgestellt, dass es keine allgemeingültige Größenordnung für die zulässige Dauer von Organisationshaft gibt. Vielmehr ist die Organisationshaft nur im Einzelfall unter Berücksichtigung der Bemühungen der Strafvollstreckungsbehörde um eine beschleunigte Unterbringung des Verurteilten im Maßregelvollzug rechtmäßig. Indes folgt daraus nicht, dass das Land verpflichtet wäre, „auf Verdacht“ entsprechende Maßregelvollzugsplätze vorzuhalten, vielmehr reicht die unverzügliche und beschleunigte Überstellung des Verurteilten durch die Vollstreckungsbehörde in die Einrichtung aus – notfalls auch außerhalb des eigenen Bundeslandes. Dementsprechend ist in NRW sofort mit Rechtskraft der Anordnung der

Unterbringung der Unterbringungsbedarf bei dem zuständigen Landschaftsverband anzumelden – telefonisch und per Fax.

Gleiches gilt selbstverständlich in noch beschleunigter Form – Unterbringung binnen 24 Stunden ab Verkündung – bei Erlass eines Beschlusses zur vorläufigen Unterbringung, denn dort ist längeres Zuwarten schon deshalb nicht rechtmäßig, weil der Betroffene nicht rechtskräftig verurteilt ist und es sich somit um eine vorläufige Maßnahme gegenüber einem amtlich festgestellt psychisch kranken oder gestörten Menschen handelt.

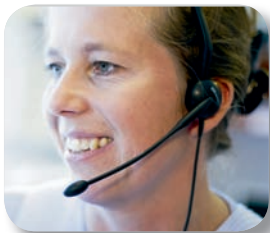
Da die Unterbringungsentscheidung nach Rechtskraft regelmäßig gerichtlich zu überprüfen ist, ist auch eine regelmäßige Neubegutachtung erforderlich, sowie eine stets neue Prognoseentscheidung. Dabei gelten hinsichtlich der Beurteilung der Gutachten dieselben Grundsätze wie im Erkenntnisverfahren. Und auch alle an der Entscheidung beteiligten Richter der StVK müssen den Anhörungstermin wahrnehmen, denn jeder einzelne ist verpflichtet, sich einen persönlichen Eindruck von dem Betroffenen zu verschaffen.

Wenn dies beachtet wird, verlieren die Sachverständigengutachten den Schrecken der Unverständlichkeit und Unterbringungssachen, sowie auch andere Prognoseentscheidungen, sind auch für nicht ständig oder noch nicht lange mit diesen Fragen befasste Richter und Staatsanwälte souverän mit nachvollziehbaren und belegbaren Begründungen zu meistern – selbstverständlich vollständig verfassungskonform.

* Zur Einführung der nachträglichen Sicherungsverwahrung Jugendlicher Straftäter (Gesetz vom 12. 7. 2008) siehe auch Ullenbruch, NJW 2008/2609.

Abstammungsgutachten Vaterschaftsklärung

Nur ein Schritt für Sie...



Service

- Wir organisieren und monitoren die Probenentnahmen weltweit...



Probensicherheit

- Individuell erzeugte Barcodes auf den Entnahmematerialien.
- Die Probenentnahme erfolgt fast schmerzfrei aus dem Ohr, der Ferse oder der Fingerbeere. Das Blut wird auf ein Spezialfilterpapier getropft.
- Asservierung der Originalblutkarte mit Unterschrift des Probanden



Wirtschaftlichkeit

Um den verschiedenen Anforderungen und Konstellationen bei Kindschaftsfragen sowie der Qualität und Wirtschaftlichkeit gerecht zu werden, bieten wir Ihnen folgende drei Gutachtenvarianten an.

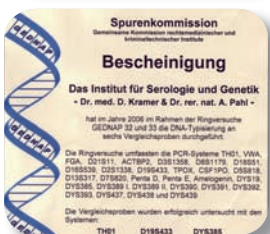


- | | |
|--|--|
| • Basis-/ Anfechtungsgutachten
13 Systeme, 1 Kategorie, Richtlinienkonform
Triofall (Kind, Mutter, mögl. Vater) | 444,55 €*
629,41 €*
768,00 €*
768,00 €* |
| • Komplettgutachten
15 Systeme, 1 Kategorie, Richtlinienkonform
(Kind, Mutter, alle in Frage kommenden Männer) | |
| • Vollgutachten
18 Systeme, 2 Kategorien, Richt- u. Leitlinienkonform
Triofall (Kind, Mutter, mögl. Vater) | |

*zzgl. MwSt. und Probenentnahme

Qualität

- externe Akkreditierung der Analytik und der Abwicklung
- Richtlinienkonformität in allen Punkten (insbesondere die Qualifikation der Sachverständigen)
- Analytik aus Blut- und Wangenschleimhautzellen
- erfolgreiche Teilnahme an jährlich vier externen Überwachungen der Analysequalität



Kontakt

- Eine persönliche Beratung oder weitere Informationen zum Institut oder zu unseren Gutachten erhalten Sie telefonisch unter 0 41 52 - 80 31 54.



...die Qualität unserer Gutachten
sichert Ihre Entscheidungsgrundlage.



Institut für Serologie und Genetik

Dr. med. Detlef Kramer • Dr. rer. nat. Armin Pahl

vereidigte Sachverständige für gerichtliche Abstammungsgutachten

Lauenburger Straße 67 • 21502 Geesthacht